

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2,50 Pf. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Vertriebsgebühren. Kostenabnahme 6.— Pf. pro Monat; für Käufer mit ermäßigtem Verdienstporto 5.— Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. „Näheres Besondere“ „Hut und Zeit“ „Ferien-Feiern“, „Tage“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einpalt. Kennzahl 80 Pf. Postgebühr 5.— Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf. (einschließlich 10 Pf. Postgebühren). Jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Zahl. Stellengelder das erste Wort 15 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen als zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro 3. wochentäglich von 9. bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. n. Dist.-Bez., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

## Antwort an Hitler-Hugenberg.

### Eine Erklärung der Reichsregierung.

Der Erklärung der sogenannten „nationalen Opposition“, die vom Reichspräsidenten im Kommando die sofortige Wiederaufhebung der Notverordnung gegen das Rowdium in der Politik forderte, setzt die Reichsregierung die folgende Erklärung entgegen:

„Vertreter der Rechtsopposition haben auf einer Tagung am 29. März in Nürnberg eine Entschließung gefaßt, die sich mit falscher Begründung gegen die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 wendet.

Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen das Volksbegehren des Stahlhelms. Wie schon anlässlich der Konferenz der Innenminister der Länder vom 18. März 1931 erörtert worden ist, soll sie der legitimen Werbung des Stahlhelms für sein Volksbegehren keinen Abbruch tun. In einer vor dem Erlass der Verordnung liegenden Besprechung mit dem für ihre Ausföhrung in Preußen zuständigen Herrn preussischen Minister des Innern ist festgestellt worden, daß hierüber volles Einvernehmen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preussischen Ministerium des Innern besteht.

Die erwähnte Konferenz der Innenminister hat einmütig auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Interesse des Staates und der Kultur der von der rechts- und der linksradikalen Opposition geübten Verhetzung deutscher Volksgenossen gegeneinander mit scharfen rechtlichen Waffen entgegenzutreten, dieser Verhetzung, die den Nährboden bildet für die zahlreichen politischen Morde und Ausschreitungen, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zu beklagen hatte. Dabei sind in einer ganzen Reihe von Einzelheiten besondere Länderwünsche berücksichtigt worden.

Die Behauptung des Nürnberger Beschlusses der Rechtsopposition, die Reichsregierung habe im letzten Jahre keinerlei Aufbauarbeit geleistet, richtet sich selbst und ist ebenso falsch wie die der völligen Abhängigkeit der Regierung Brünning von der Sozialdemokratie.

Der Herr Reichspräsident, der übrigens ständig Vertreter der Rechtsopposition persönlich angehört hat und über ihre Auffassung unterrichtet ist, hat die Notverordnung in vollster Kenntnis ihrer einzelnen Bestimmungen, ihrer Handhabung und ihrer Wirkung erlassen. Die Forderung der Aufhebung der Verordnung stellt daher einen persönlichen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten dar.

Es ist tief bedauerlich und bedarf der schärfsten Abwehr, daß namentlich von deutschnationaler Seite versucht wird, durch Entstellungen und durch die Verbreitung unwahrer Behauptungen im Volke das Vertrauen in die Person und in die Ueberparteilichkeit des Herrn Reichspräsidenten zu untergraben.

Die rechtsradikale und die linksradikale Presse lobt gemeinsam, am lautesten das Organ des Herrn Hitler. Es behauptet, die Notverordnung „übersteige alles bisher Dagewesene an politischer Entrechtung der Deutschen“. Das ist sehr schön gesagt von einer Partei, deren Ziel und Programm die politische Entrechtung der Deutschen ist! Hat man bei Hitler vergessen, welcher Grad von politischer Freiheit in den Glanzzeiten der Aera Rahr-Hitler in Bayern bestanden hat — von der Unterdrückung der verfassungstreuen Presse und der Versammlungsfreiheit über den Angriff auf das Koalitionsrecht bis zur amüßlichen Begünstigung des Mordes? Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hoegner hat am 20. März im „Vorwärts“ ein Bild von dem Treiben des bayerischen Faschismus entrollt, das den Abwehrwillen jedes freiheitsliebenden Deutschen hervorruft!

Zu den politischen Rechten, die Hitler den Deutschen beschoren will, gehört in erster Linie das Körperrollen. Wer anderer Meinung ist — Kopf ab!

Wie steht es mit der Aera Fricke in Thüringen — ist das der Inbegriff der politischen Freiheit?

Wir haben keine Lust, uns von Hugenberg, Hitler und Co. die „Freiheit“ des Dritten Reiches beschoren zu lassen, dessen Wesen wir zur Genüge kennen, noch viel weniger die Freiheit, unsere Köpfe in den Sand rollen zu lassen. Die lärmende Entrüstung der Diktaturwütigen, die sich über Diktatur beschweren, läßt uns kalt. Wir wissen, daß die Freiheit, die sie meinen, die Freiheit zur Knechtung des Volkes ist!

Es steht diesen Leuten gut an, über politische Entrechtung zu schreien!

### Einberufung des Reichstags?

Rechtsradikale und Kommunisten fordern die Einberufung des Reichstags, damit er die Notverordnung aufhebe. Diesem Verlangen kann jedoch nur entsprochen werden, wenn die Mehrheit des Reichstages die Einberufung wünscht. Das geht aus Artikel 24 der

Reichsverfassung deutlich hervor. Im ersten Absatz wird bestimmt, daß der Reichstag in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November zusammentritt. Der Präsident des Reichstags muß ihn früher einberufen, wenn es der Reichspräsident oder mindestens ein Drittel der Mitglieder verlangen. In dem zweiten Absatz des Artikels 24 heißt es jedoch: „Der Reichstag bestimmt den Schluß der Tagung und den Tag des Wiedersammentritts.“ Aus dieser Fassung geht klar hervor, daß das Recht der Minderheit nur dann in Frage kommt, wenn der Reichstag geschlossen war. Ist jedoch lediglich eine Vertagung eingetreten, wie das jetzt der Fall ist,

Am Donnerstag, dem 2. April, nachmittags 5 Uhr pünktlich, findet auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde die feierliche Beisetzung der Asche unseres Genossen

## Hermann Müller

statt. — Hermann Müller wird zur letzten Ruhe bestattet auf dem Rundell, wo die alten Vorkämpfer der Sozialdemokratie: Wilhelm Liebknecht, Paul Singer, Hugo Haase, Molkenbuhr u. a. ruhen. Genosse Hans Vogel, M. d. R. und Mitglied des Parteivorstandes, wird die Gedenkrede halten.

Die Kreise Friedrichshain und Lichtenberg stellen die Fahndedelegationen und beteiligen sich an der Feier. Der Bezirksvorstand.

dann entscheidet gemäß Absatz 2 des Artikels 24 die Mehrheit des Reichstags. Sie hat als den Tag des Wiedersammentritts den 13. Oktober bestimmt, dabei aber ausdrücklich betont, daß eine Mehrheit jederzeit eine frühere Einberufung des Reichstags beschließen kann.

Da die Sozialdemokratie, ohne daß sie mit allen Bestimmungen der Notverordnung übereinstimmt, es ablehnen muß, Nazis, Deutschnationalen und Kommunisten in die Hände zu arbeiten, so wird voraussichtlich diese Mehrheit nicht zustande kommen.

### Zwei Ausführungsverordnungen.

Der Reichsminister des Innern hat zu der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen das politische Rowdium unter dem 30. März zwei Ausführungsverordnungen erlassen, von denen die eine das Verfahren der Ausführung regelt und die zweite jene leitenden Beamten bestimmt, die unter den besonderen Schutz der Verordnung gestellt werden. Es sind: der Reichspräsident, der Reichskanzler, sämtliche Reichsminister und die Staatssekretäre des Reiches. Die Ausführungsbestimmungen werden am Dienstag im Reichsanzeiger veröffentlicht und treten damit in Kraft.

Die preussische Staatsregierung wird außer dem Ministerpräsidenten, den Staatsministern und Staatssekretären auch die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten unter den besonderen Schutz der Verordnung stellen.

Der betreffende Teil der Verordnung bestimmt: Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel... können verboten werden, wenn nach den Umständen zu befürchten ist, daß Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden...

### Der Fall Braunschweig.

#### Franzen kämpft um Zeitgewinn.

Nach Wochen hat das braunschweigische Staatsministerium auf die Anfrage des Reichsinnenministers wegen der Uebergriffe Franzens geantwortet. Aber wie! Das Schreiben lautet:

„Auf das gest. Schreiben vom 25. v. M. (Nr. 1a 2039/24. 2.) bitte ich vor weiterem um eine gest. Mitteilung, welche Zeitungs-meldungen Anlaß zu Ihrer Anfrage gegeben haben. Zu diesem Zweck erlaube ich mir, einen Teil der hiesigen Zeitungen, in denen über den nationalsozialistischen Gau-tag in Braunschweig am 21. und 22. Februar d. J. berichtet wird, zur gest. Kenntnisaufnahme zu über-senden.“

In der beigelegten braunschweigischen Staatszeitung vom 25. Februar d. J., Nr. 47 — Beilage — befindet sich übrigens eine von dem Herrn braunschweigischen Staatsminister des Innern ver-anlaßte Erklärung des braunschweigischen Staatsministeriums, welche unzutreffende Gerüchte richtiggestellt hat.

Man drückt sich um redliche Auskunft, um Zeit zu gewinnen.

## Recht und Psychologie.

### Einige Bemerkungen zum Streit um die Zollunion.

Von Rudolf Breitscheid.

Der französische Außenminister hat mit seiner Rede vor dem Senat in Deutschland und Oesterreich berechtigtes Aufsehen und Unwillen erregt, aber es ist ihm trotzdem nicht gelungen, die Rationalisten in seinem Lande zufriedenzustellen. Die Blätter der Rechten werfen ihm Inkonsequenz und Schwäche vor und drohen ihm mit dem Sturz, wenn das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion in der Kammer zur Debatte komme.

Briand hätte die Wirkung seiner Worte voraussehen können. Wenn er mit Nachdruck erklärte, daß Deutschland und Oesterreich dem Recht und den Verträgen zuwiderhandeln, dann führte er damit den Rationalisten Wasser auf die Mühle und berechtigte sie zu ihrer Forderung nach einem entschiedeneren und rücksichtsloseren Eingreifen. Es wäre ein Gebot politischer Klugheit gewesen, daß der Minister nicht Stimmungen Rechnung getragen, sondern den Versuch gemacht hätte, auch die Rechtsauffassungen, die in Berlin und Wien herrschen, gebührend zu würdigen. Ein Beispiel geben ihm in dieser Beziehung die Londoner „Times“, die objektiv das Für und Wider abwägen und den Beweisgründen, die die französischen und tschechoslowakischen Kritiker ins Treffen führen, die deutsch-österreichischen Argumente gegenüberstellen.

In der Tat liegen die Dinge so, daß die Gegner des Antonsplanes seinen Anhängern und Befürwortern zum mindesten den guten Glauben zuerkennen müßten, vertragliche Verpflichtungen nicht zu verletzen. Nur eine gewalttätige Auslegung der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain und des Genfer Protokolls von 1922, das der Gewährung einer Völkerbundsanleihe an Oesterreich zugrunde liegt, kann zu dem Ergebnis gelangen, daß der Schritt, den die beiden in Frage kommenden Regierungen unternommen haben, gegen diese Abkommen verstöße. Weder die wirtschaftliche noch gar die politische Unabhängigkeit Oesterreichs ist durch einen Plan bedroht, der den beiden Zollverwaltungen ihre Selbständigkeit beläßt, der auf ein gemeinsames Zollparlament verzichtet und der im übrigen nach Ablauf von drei Jahren gekündigt werden kann. Und was die Behauptung angeht, Oesterreich verleihe die in seinen Handelsverträgen vorgesehene Meistbegünstigungsklausel, so können einmal die Handelsverträge gekündigt werden, und zum andern ist es herrschende internationale Auffassung, daß auch in den Fällen, wo eine entsprechende Feststellung in den Verträgen nicht erfolgt ist, die aus der Meistbegünstigungsklausel fließenden Rechte entfallen, wenn einer der Partner eine Zollunion mit einem Dritten eingeht.

Der Minister Curtius wird in der Rede, die er am Dienstag vor dem Reichsrat hält, diese begründeten Rechtsauffassungen eingehender erläutern, und er wird die Gelegenheit wohl auch benutzen, um auf die englische Forderung nach einer Einschaltung des Völkerbundrates näher einzugehen. In dieser Beziehung scheinen zwischen Berlin und London gewisse Unklarheiten und Mißverständnisse obzuwalten. Sie beruhen offenbar auf der Form, in der das durch den englischen Botschafter übermittelte Ersuchen von den deutschen maßgebenden Stellen beantwortet ist. Man hat sich hier auf den Standpunkt gestellt, daß es den interessierten Mächten ja freistehe, die Angelegenheit in Gens zur Sprache zu bringen, daß aber Deutschland nicht ausdrücklich seine Zustimmung zu einem solchen Schritt geben könne, weil es damit die Zweifel an der Zulässigkeit seines Vorgehens als berechtigt anerkennen würde. Rechtlich ist auch dieses Verhalten sicher einwandfrei. Immerhin aber läßt sich die Frage aufwerfen, ob es auch zweckmäßig gewesen ist. Wenn man mit gutem Grunde von der Unantastbarkeit seiner Stellung überzeugt ist, dann kann man, ohne sich etwas zu vergeben, in ihre juristische Nachprüfung einwilligen. Das um so mehr, als man um diese Prüfung doch nicht herumkommt. Wozu auch nur den Eindruck erwecken, als widerstrebe man einer Untersuchung, die man nicht zu fürchten hat. In der Politik ist das Recht sehr viel, aber es ist nicht alles. Psychologisches Empfinden muß die Betonung des Rechtsstandpunktes wirksam ergänzen.

Und damit kommen wir zu dem Punkt, an dem eine Kritik an der deutsch-österreichischen Aktion ganz allgemein ansetzen kann. Nicht sowohl an ihrem Ziel, als an ihrer Vorbereitung und Einleitung. Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der die Zollunion mit Oesterreich nicht wünschte. Nicht nur, weil uns allen jede irgendwie geartete Annäherung an den Bruderstaat willkommen ist, sondern auch, weil jede mit der Niederlegung von Zollgrenzen verbundene wirtschaftspoli-



tische Angleichung als Schritt auf dem Wege zur ökonomischen und politischen Befriedung Europas angesehen werden muß. Aber alles, was bisher von den deutschen amtlichen Stellen zur Rechtfertigung ihres Vorgehens angeführt worden ist, hat unsere Zweifel nicht zerstören können, ob die Ueberraschungsstrategie, die man angewandt hat, wirklich der guten Idee förderlich gewesen ist. Es mußte doch damit gerechnet werden, daß die plötzliche Bekanntgabe des Projektes im Zustand nicht nur rechtliche, sondern auch politische Empfindlichkeiten wachrufen werde, zumal da eine Zollunion im Ausland — und wie auch bei uns — begründeter oder unbegründeter Weise als eine Etappe zum vollständigen Anschluß aufgeföhrt wird. Die Befürchtungen, die drauhen wegen der Vereinigung der beiden Staaten gehegt werden, sind unangebracht und stehen außerdem im Widerspruch zu dem gerade von den Siegerstaaten proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Aber sie sind nun einmal vorhanden, und leider sind weder wir noch Oesterreich stark und mächtig genug, um sie unbeachtet zu lassen.

Gewiß kann man einwenden, daß eine diplomatische Sondierung der anderen die Verwirklichung des Planes sehr erschwert haben würde. Nun bleibt es fraglich, ob diese Schwierigkeiten größer gewesen wären als die, die jetzt erwachsen, und ob nicht jetzt eine Atmosphäre geschaffen worden ist, in der Nachteile entstehen können, die selbst durch das Zustandekommen der Zollunion nicht auszugleichen wären. Uns ist immer gesagt worden, daß die deutsche Regierung in kürzester Frist die Reparationsfrage aufs neue aufröllen müsse. Niemand wird bestreiten, daß einer erfolgreichen Durchführung dieser Absicht heute noch größere Hindernisse im Wege stehen, als es öhnehin der Fall war, gar nicht zu reden von der Gefährdung insbesondere der deutsch-französischen Beziehungen. Niemand wird sich auch der Befürchtung entschlagen können, daß auf handelspolitischem Gebiete für uns und Oesterreich Gefahren heraufziehen, und wenn die deutsch-österreichische Zollunion eine Erhöhung der fremden Zollsätze im Gefolge hätte, so würde die Befriedigung über das Gelingen des Projektes angesichts der Schädigungen des deutschen Außenhandels sehr stark gedämpft werden.

Das alles und noch manches andere sind Dinge, die nach unserer bescheidenen Meinung nicht genügend bedacht wurden. Außenpolitische Aktivität ist gut, sie wird jedoch nur dann erprießlich sein, wenn sie mit den Möglichkeiten rechnet, die durch unsere internationale Lage und das Verhältnis zu den Nachbarn gegeben sind. Indessen läßt sich Geschehenes nicht ungeschehen machen, und jetzt kommt alles darauf an, die Sache so reibungslos wie möglich zu einem günstigen Ende zu führen. Voraussetzung dafür ist, daß die Idee der Zollunion nicht in erster Linie unter den Gesichtspunkt deutscher und österreichischer Interessen und Geföhle gestellt wird, sondern daß man sie im wesentlichen als Ausgangspunkt einer allgemeinen Wirtschaftsverständigung behandelt; mit anderen Worten, daß man sie sozusagen europäisiert. Soll das gelingen, so werden die Leiter der deutschen auswärtigen Politik gut daran tun, sich nicht ausschließlich als Advokaten des deutschen Rechtsstandpunktes zu fühlen, sondern dem psychologischen Verständnis für die Wirkungen ihres Vorgehens einen breiteren Raum zu gewöhren als bisher.

Auf der anderen Seite freilich sollte sich die französische Regierung sagen, daß die Dinge vielleicht einen anderen Verlauf genommen hätten, wenn sich Frankreich in den letzten für unser Volk so schlimmen Monaten nicht auf die Rolle eines mehr oder weniger wohlwollenden Beobachters der deutschen Verhältnisse beschränkt und ermutigenden Worten, wie sie uns nach dem unseligen 14. September gesendet wurden, auch gewisse Taten hätte folgen lassen.

## Ein befangener Richter?

Darf das Hitlerblatt straflos schimpfen.

Wolle Schlaglichter auf die Mentalität gewisser Richter warf eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Charlottenburg. Wegen formeller Beleidigung und übler Nachrede war angeklagt der Redakteur des „Völkischen Beobachters“ Walter Buch. Kläger war der Sekretär und Geschäftsführer der Friedensgesellschaft, Rüter.

In der Nr. 160 vom 8. Juli 1930 brachte der „Völkische Beobachter“ einen Artikel „Von den Franzosen bestochen — Pazifistische Balaken der französischen Imperialisten — Pazifistische Korruption — 10 000 Goldmark von Majarak, 100 000 Goldmark von Herriot.“ Es hieß darin u. a.: „Dah hinter dem sogenannten Idealismus dieser pazifistischen Clique eine rein materielle mit gewissen politischen Motiven verquickte Bestimmung steht, war uns schon längst klar... Die ganze landesverräterische Sumpfgesellschaft in den pazifistischen Friedensorganisationen ist öffentlich anerkannt und kann in der Demokratie frei und ungehindert ihr erbärmliches Handwerk ausüben.“

Daß die Deutsche Friedensgesellschaft sich durch dieses Elaborat getroffen fühlen mußte, ist klar. Der Amtsrichter in Charlottenburg war jedoch anderer Ansicht. Er stellte das Verfahren ein und sagte in seinem Beschluß u. a., daß die vom „Völkischen Beobachter“ gebrauchten deutlichen drohtischen Ausdrücke nach der ganzen Sachlage dem Privatbeklagten als erlaubt zugestanden werden müßten. Rechtsanwalt Rosenfeld führte gegen diesen Beschluß bei der Strafkammer Beschwerde. In seinem Schriftsatz sagte er u. a., daß der Richter trotz der Sympathien, die er offensichtlich für die Redaktion des „Völkischen Beobachters“ zeige, doch hätte prüfen müssen, ob für die Einleitung eines Hauptverfahrens hinreichende Gründe vorliegen hätten. Die Strafkammer gab der Beschwerde statt, der Amtsrichterrat war, ob er wollte oder nicht, gezwungen, das Hauptverfahren einzuleiten.

Die Verhandlung führte zu einem überraschenden Ergebnis. Kaum hatte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld seinen Mund geöffnet, um eine Erklärung abzugeben — er beabsichtigte, den Richter wegen Befangenheit abzulehnen —, als dieser ihm ins Wort fiel und seinerseits eine Erklärung abgab. Er fragte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, ob dieser bereit sei, seine in der Beschwerde an die Strafkammer ausgesprochene Behauptung über die offensichtlichen Sympathien des amtierenden Richters für die Redaktion des „Völkischen Beobachters“ zurückzunehmen. Dr. Rosenfeld meinte dazu, daß er nicht in der Lage sei, irgendwelche Erklärungen vor einem Richter abzugeben, den er abzulehnen beabsichtige. Darauf der Richter wörtlich: „Da der Vertreter des Klägers es unter seiner Würde gehalten

# Bayerische Regierung gegen Wirth

## Eine Erklärung des Innenministers Stübel.

München, 30. März.

Halbamtlich wird mitgeteilt: „Gegenüber einer Äußerung des bayerischen Justizministers Gärtner auf dem Deutschen nationalen Parteitag in Nürnberg, daß die bayerische Staatsregierung, seines Wissens auch der bayerische Innenminister Dr. Stübel von der Rotverordnung keine Kenntnis gehabt haben, wird aus Kreisen des Reichsministeriums mitgeteilt, daß die Rotverordnung im Verlauf der Konferenz der Innenminister der Länder auch mit dem bayerischen Innenminister Stübel durchgearbeitet und eine Reihe bayerischer Wünsche berücksichtigt worden seien.“

Demgegenüber wird festgestellt, daß in der Konferenz der Innenminister überhaupt kein Entwurf der Rotverordnung erörtert worden ist, so daß von dem Vorhandensein eines solchen Entwurfes nicht einmal die Rede war. Erst nach Abschluß der Innenministerkonferenz wurden dem bayerischen Innenminister Stübel zu seiner streng vertraulichen und persönlichen Kenntnisnahme Mitteilungen über den Inhalt eines vorläufigen Entwurfes zu einer Rotverordnung gemacht. Dabei erhob der bayerische Innenminister gegen diesen Entwurf sofort schwerwiegende Bedenken, insbesondere auch gegen die in diesem Entwurf in Aussicht genommenen Zuständigkeitsregelungen. Zugleich gab der bayerische Innenminister nachdrücklich dem Wunsche Ausdruck, daß der endgültige Entwurf vor seiner Veröffentlichung der bayerischen Staatsregierung zur Kenntnis und Durchprüfung übermittelt werden müsse. Dies ist nicht geschehen.

Die Veröffentlichung der Verordnung in diesem Zeitpunkt war vielmehr auch für die bayerische Staatsregierung und für den bayerischen Innenminister eine Ueberraschung. Diesem Sachverhalt entsprach die Behauptung des Justizministers Gärtner, die bayerische Staatsregierung habe von dem Wortlaut der Rotverordnung vor der Veröffentlichung keine Kenntnis gehabt, durchaus.“

## Wirth über die Rotverordnung.

In der Aktuellen Abteilung des Rundfunks sprach gestern Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Dr. Wirth führte aus: „Die Verordnung, die eine gesunde Entwicklung unferer politischen Lebens anstrebt, hat im allgemeinen verständnisvolle Aufnahme gefunden. Sie wendet sich gegen den politischen Terror, Ausschreitungen haben sich gehäuft. Denken wir nur an Hamburg! Sie richten sich gegen den Staat

selbst. Das Reichsgericht hat festgestellt, daß revolutionäre Gewalttaten gegen den Staat angestrebt werden. Die Demokratie ist an sich neutral. Sie wendet sich nur gegen Mißbrauch, weil sie Staat und Volk schützen muß. Energisches Einschreiten ist geboten, sonst gibt der Staat sich selbst auf. Es heißt: Erst leben, dann diskutieren. Unsere kulturelle Vergangenheit wird von den Radikalen rechts und links abgelehnt.“

Allgemeine moralische Verhehung gegen die anderen blüht. Man nennt heute die Regierenden nicht nur politisch unklug, sondern verbrecherisch und aller moralischen Befinnung bar. Die Kirchengemeinschaften werden hierbei nicht verschont. Sie sollen Mitträger der staatlichen Autorität sein. Daß wir sie schützen wollen, ist keine Ueberraschung. Ich sprach es im Haushaltsauschuß und im Plenum des Reichstags deutlich aus. Kein Wort der Rotverordnung ist einer kritischen Betätigung abträglich. Sie wendet sich nur gegen Ausschreitungen und Rohheiten. Sie verurteilt nicht das Kritisieren, sondern das Beschimpfen. Aber daneben habe ich den religiösen Gemeinschaften nahegelegt, daß sie, die durch die Verordnung geschützt werden, die hohe Pflicht haben, Andersdenkenden, wie den Dissidenten, nicht zu nahe zu treten. Die Normierung religiösen und politischen Denkens ist jedem Staatsbürger frei. Die Verordnung erstrebt das Zusammenleben der verschieden Denkenden.“

Dr. Wirth wandte sich dann gegen die „furchtbare Aufregung“, die in rechtsradikalen Kreisen herrscht, weil angeblich die Rotverordnung die Durchführung des Volksbegehrens des Stahlhelms in Preußen beeinträchtigt. Davon ist keine Rede. Die sogenannte „nationale Opposition“ sagt in Nürnberg weiter, daß keinerlei Aufbauarbeit im Sinne der Osteroffenschaft des Reichspräsidenten von 1930 geleistet sei. Das ist nicht nur eine Herausforderung, das schlägt der Wahrheit ins Gesicht. Man verlangt die Einberufung des Reichstags. Warum ist man herausmarschier? Wäre man doch geblieben! Eine geistige Aussprache mit dem Radikalismus ist uns jederzeit willkommen. Der Reichspräsident hat die Verordnung genau geprüft. Mit dem bayerischen Innenminister haben mein Staatssekretär und ich alles bis auf die Einzelheiten durchgesprochen und die bayerischen Wünsche berücksichtigt. Wir wollen alle staatsrechtlichen Kräfte gewinnen und beziehen auch jene konservativen religiös eingestellten Gruppen ein, die viel Verjämertes nachzuholen haben. Erst wenn die radikalen Strömungen überwunden sind und der Kampf mit geistigen Mitteln geführt wird, können wir uns den wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben widmen!“

# Severing an Berlin.

## Mahnung zur schnellen Erledigung der Wahlen im Rathaus.

Nachdem der Staatsrat gestern beschlossen hat, Einspruch gegen das vom Landtag verabschiedete neue Berlin-Gesetz nicht zu erheben, hat der preußische Innenminister Genosse Severing unter Bezugnahme auf die demnächst zu erlassenden Ausführungsanweisungen bereits jetzt in einem Erlaß auf die dringlichsten Punkte hingewiesen.

Der Minister betont, daß jetzt, nachdem die Befugnisse des Oberbürgermeisters eine gesetzliche Neuregelung im Sinne einer Stärkung seiner Exekutivfunktionen erfahren habe, die beschleunigte Durchführung der Neuwahl des Oberbürgermeisters im Interesse einer geordneten Verwaltung dringend notwendig ist. Der Erlaß betont weiter, daß auch die Wahl des Stadtgemeindefachausschusses möglichst umgehend erfolgen muß. Wie wir bereits meldeten, hat der Stadtverordnetenvorsitzende vorgeschlagen, diese Wahl bereits in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 9. April durchzuführen. Für diese Sitzung des Stadtparlamentes, der ersten nach Inkrafttreten des neuen Berlin-Gesetzes, gelten naturgemäß bereits die neuen Geschäftsordnungsvorschriften, wie sie das Gesetz vorseht.

In dem Teil des Severing'schen Erlasses, der die Arbeitsteilung zwischen Magistrat und Oberbürgermeister berührt, heißt es: Da der Magistrat in Zukunft gemäß § 6 Absatz 1 aus dem

Oberbürgermeister, zwei Bürgermeistern, neun weiteren hauptamtlichen besoldeten und sechs ehrenamtlichen unbesoldeten Mitgliedern (Stadträten) besteht und gemäß Artikel II die Wahlzeit der unbesoldeten Mitglieder des Magistrats mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes endet,

ist alsbald eine Neuwahl der unbesetzten hauptamtlichen Stellen des Magistrats sowie sämtlicher sechs ehrenamtlichen unbesoldeten Stellen vorzunehmen.

Die Wahl der besoldeten Stadträte erfolgt nach Mehrheitswahl, die der unbesoldeten Stadträte nach dem Verhältniswahlsystem. Da das Gesetz ein Verbleiben der ausscheidenden unbesoldeten Stadträte im Amte bis zur Einführung der neugewählten nicht vorsieht, endet ihre Amtstätigkeit am 31. März.

## Staatsrat für Berlin-Gesetz.

Einspruch abgelehnt.

Im Plenum des Preußischen Staatsrats wurde der Antrag, Einspruch gegen das Berlin-Gesetz einzulegen, mit 42 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Für den Einspruch stimmten die Arbeitsgemeinschaft, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten.

habe, eine Erklärung abzugeben, erklärte sich der Richter als befangen.“ Er mußte es so wissen.

Die nächste Verhandlung wird also vor einem anderen Richter stattfinden. Nicht vor Amtsrichterrat Ohlenburg.

## Die Angegriffene verurteilt!

Die angreifenden Nationalsozialisten als Zeugen.

Hannover, 30. März. (Eigenbericht.)

In Uelzen fand jetzt ein großer Landfriedensprozeß gegen sieben Angehörige der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners und 18 Kommunisten seinen Abschluß. Es kam zu einem unglaublich harten Urteil. Zwei kommunistische Angeklagte erhielten 1 Jahr 2 Monate bzw. 1 Jahr 1 Woche Gefängnis. Gegen einen Teil der übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von 3 bis 7 Monaten ausgesprochen, 9 Angeklagte wurden freigesprochen.

Ursache der Anklage waren Vorgänge, die sich am Tage der Reichstagswahl in Uelzen ereigneten. Die Nazis stellten sich in provokierender Absicht vor das Volkshaus und bezeichneten die Sozialdemokraten als „Verräter“ und „Novemberverbrecher“. Es kam zunächst nur zu kleineren Reibereien. Die Nazis zogen dann ab, kamen aber bald wieder. Jetzt drohten sie, das Volkshaus zu stürmen, ohne daß die Polizei es für notwendig gehalten hätte, weitere Umzüge, insbesondere vor dem Volkshaus, zu verbieten. Infolgedessen konnten die Hakenkreuzler, flankiert von bewaffneten Gefinnungsgenossen, nachmittags gegen 4 Uhr nochmals vor dem Volkshaus erscheinen. Dort hatten sich inzwischen zahlreiche Arbeiter eingefunden, die ihr Haus vor den Bandaken schützen wollten. Was kommen mußte, geschah. Die Hakenkreuzler wurden in die Flucht geschlagen und von der Menge verfolgt.

Obwohl der Staatsanwalt bei seinen Ermittlungen feststellen mußte, daß die Nazis provoziert hatten, was er auch in seinem Plädoyer feststellte, wurden nur die Arbeiter angeklagt.

Allerdings versprach der Staatsanwalt auf Grund der scharfen Kritik in der Öffentlichkeit, nunmehr auch gegen die Nazis vorzugehen. Für den Landfriedensbruchprozeß hatte er sich allerdings die Bandaken als Zeugen gesichert. Der Leiter der städtischen Polizei mußte im Verlauf der Verhandlungen unter seinem Eid zugeben, daß der Zwischenfall vermieden worden wäre, wenn er die Nazis besser im Auge behalten hätte.

## Die Justiz im Dritten Reich.

Geheimtagung der Hafentrenzjuristen.

München, 30. März. (Eigenbericht.)

Saut Bericht des „Völkischen Beobachters“ hielt der Bund nationalsozialistischer Juristen am Sonntag in Leipzig unter der Leitung der beiden Münchener Rechtsanwälte Dr. Frank (Vorsitzender) und Dr. Reiter (Geschäftsführer) eine Reichstagung ab. Den Zweck der Tagung formulierten der ebenfalls anwesende Dr. Frid mit folgenden Worten: „Auf unserem Wege zum Endkampf sind unsere wichtigsten Helfer die Juristen und Volkswirte, denn an der Schwelle des Dritten Reiches werden die Verordnungen vieler und tief in das Staatsleben einschneidender Maßnahmen stehen, deren einwandfreie juristische Formulierung die Aufgabe des heute versammelten Kreises von Fachmännern sein wird.“

Welche sachlichen Beschlüsse bei der aktiven Vorbereitung des Hochrats gefaßt wurden, verschweigt der Bericht. Er verzeichnet nur noch, daß Referate gehalten wurden über die Begriffe „Blut und Boden“ als Grundlagen des nationalsozialistischen Staates, über die Betätigung der Juristen im gegenwärtigen System, über den Volkserbe im künftigen Staat und über das Ehrenrecht im Dritten Reich. Nur eine einzige Entschlebung wird öffentlich bekanntgegeben; sie charakterisiert aber treffend die Wahrheit und Gerechtigkeitstriebe dieser sonderbaren Anwälte des Rechts, denn sie anerkennt als einzige Grundlage für eine Beurteilung der Rechtspflege im gegenwärtigen Staat das berühmte Nachwort des getarnten Jarom „Gefesselte Justiz“.



# Rechts schwenkt! Marsch!

Das Kommando für Kommunisten.

Deßau, 30. März. (Eigenbericht.)

In Anhalt, wo mit einer ganz kurzen Unterbrechung Sozialdemokraten und Demokraten seit der Revolution regieren, haben die Rechtsparteien nach dem Vorbild von Preußen ein Volksbegehren und einen Volksentscheid mit dem Ziel der Landtagsauflösung eingeleitet. Bisher hatte Anhalt darüber andere Bestimmungen als Reich und Preußen. In Anhalt genügte die Mehrheit derer, die sich überhaupt am Volksentscheid beteiligen, um einem solchen Begehren zum Siege zu verhelfen. Daher haben die Regierungsparteien eine Änderung des Volksentscheidgesetzes in der Richtung der Angleichung an Preußen und das Reich eingebracht. Dieses Gesetz wurde in erster Lesung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Die Kommunisten stimmten mit den Regierungsparteien, weil sie erklärten, es liege nicht im Interesse der Arbeiterschaft, das von den Rechtsparteien erstrebte Volksbegehren durchzuführen. Jetzt hat aber die Magdeburger Bezirksleitung der Kommunistischen Partei eine öffentliche Erklärung erlassen, wonach die anhaltische Landtagsfraktion „bei ihrer Zustimmung zu der von Sozialdemokraten und Staatspartei beantragten Gesetzesänderung nicht richtig gehandelt“ habe, „unser Fraktion wird bei der zweiten und dritten Lesung in vollem Einverständnis mit den wertvollen Massen Anhalts gegen die Änderung des Gesetzes stimmen“.

Das bedeutet also, daß die Dreimännerfraktion der Kommunisten in der nächsten Sitzung des Landtags vollständig umfallen und nach rechts umschwenken muß!

## Krach in einer KPD-Ortsgruppe.

Ein betrügerischer Vorsitzender.

Braunschweig, 30. März. (Eigenbericht.)

In der Ortsgruppe Helmstedt der KPD ist ein Fall von Korruption aufgedeckt worden, in den der Vorsitzende des Ortsvereins und andere kommunistische Funktionäre verstrickt sind. Die geschädigten kommunistischen Mitglieder erlassen zu dem Fall folgende Erklärung:

„Der Vorsitzende, der bis heute noch nicht ausgeschlossen ist, unterschlug sowohl Eintrittsgelder als auch Monatsbeiträge in unkontrollierbarem Umfang. Sammellisten, die anfänglich der Wahlen von der KPD. in Umlauf gesetzt wurden, sind entweder spurlos verschwunden oder mit Hilfe von Radiergummi in ihren Zahlenergebnissen verkleinert worden. Es wird weiterhin der Verdacht ausgesprochen, daß auch Gelder kommunistischer Hilfsorganisationen verschwunden sind. Mit dem Vorsitzenden stehen eine Reihe anderer KPD-Funktionäre unter einer Decke.“

Die KPD-Ortsgruppe Helmstedt dürfte durch diese Vorgänge den Rest erhalten haben.

## Ein Kommunistenschwindel.

Das Märchen von der Ortsgruppe Heinsberg.

Aäln, 30. März. (Eigenbericht.)

In der kommunistischen Presse wird in großer Aufmachung mitgeteilt, daß die Ortsgruppe Heinsberg bei Wachen aus der KPD. ausgeworfen sei. Wahr ist, daß drei Austrittserklärungen von Wachen eingegangen sind, die aus persönlichen Gründen zurückgezogen wurden. In einer Kreisversammlung am Sonntag in Heinsberg ist einmütig das Verhalten der drei Austrittserklärer abgelehnt worden. Die Heinsberger Ortsgruppe besteht weiter.

## Für strenge Fraktionsdisziplin.

Beschluß der Bezirkskonferenz in Görlitz.

Görlitz, 30. März. (Eigenbericht.)

Die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei für den Regierungsbezirk Gloggnitz, die am Sonnabend und Sonntag hier abgehalten wurde und von 151 stimmberechtigten Delegierten besucht war, nahm mit allen gegen zwei Stimmen eine Entschließung an, in der es heißt:

„Bei den Abstimmungen zum Wehrecht im Reichstag haben neun Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Fraktion gestimmt und damit einen bewußten Disziplinbruch begangen. Das Verhalten der neun Disziplinbrecher der Reichstagsfraktion muß um so schärfer beurteilt werden, weil die Fraktion mit großer Mehrheit die Freigabe der Abstimmung abgelehnt hat und die Minderheit eindringlich gewarnt wurde, im Plenum des Reichstags gegen die Fraktion zu stimmen.“

Die Konferenz fordert in der Entschließung weiter von dem Parteitag in Leipzig strenge Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher und wünscht einen einheitlichen Abstimmungsabzwang für die Fraktionen im Reichstag und in den Länderparlamenten nach dem Muster der Fraktion des Preussischen Landtags.“

## Gute, alte Zeit!

Januschauer entdeckt: Bismarck fuhr nicht im Auto!

Man muß sagen: wenn unsere preussischen Junker, die niemals etwas von Sekt, Raipon und Spielfeldern gemerkt haben, gegen den Bug des heutigen Staates wehren, so sind sie auf der Höhe! In der zu drei Vierteln leeren Sportpalasttribüne der Deutschnationalen hat der alte Januschauer die Pulse seiner süßlichen Entzückung entkernt und überhäumen lassen. Hugenberg's „Nachausgabe“ berichtet darüber:

„Er baut so groß zu, wie ein alter Kavallerieoffizier: „Früher fuhren die Minister in der Droschke zum Reichstag. Jetzt sieht man immer so viele Ministerautos dort stehen.“

Das Gedächtnis des Januschauer ist nicht mehr ganz auf der Höhe. Es gab einmal eine Zeit, in der man von den Konservativen sagte, daß sie alle zusammen in einer Droschke zum Reichstag fahren könnten. Die Herren Minister des alten Staates hatten aber ihre Equipagen. Aber in einem hat der Januschauer doch recht: Bismarck ist in der Tat niemals im Auto beim Reichstag vorgefahren. Auch der alte Kaiser Wilhelm nicht. Ja, ja — die gute alte Zeit.

Ein russischer Tennesse. Zu dem in unserer Sonnabendausgabe gebrachten Bericht über den Fall des in Moskau ermordeten Fridolin Deutner stellen wir richtig, daß es nicht, wie es infolge eines Hebermittlungsfehlers hieß, die Schwester des ermordeten Deutner, sondern daß es die Schwägerin des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Fröhlich war, die als Zeugin vor dem Staatsanwalt erklärte, ihren eigenen Bruder nicht zu kennen.

# Der Abtreibungsprozeß.



So stellte sich der Staatsanwalt ihm vor.



Und so wurde er...

# Henderson und Schober zur Zollunion

England fordert Ratsentscheidung. — Oesterreichs verzweifelte Wirtschaftslage.

London, 30. März. (Eigenbericht.)

Lauflose Stille herrschte am Montagnachmittag im vollbesetzten Unterhaus, als Außenminister Henderson die Stellung der englischen Regierung zum deutsch-österreichischen Zollabkommen bekanntgab.

Henderson gab zunächst eine Schilderung der diplomatischen Vorgänge, wobei er darauf hinwies, daß er vom deutschen Botschafter wenige Stunden vor seiner Abreise nach Paris unter anderem auch die Mitteilung über die beabsichtigte Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich erhielt. An der Bahn wurde dann dem englischen Außenminister von dem französischen Botschafter ein Memorandum überreicht, wonach die französische Regierung die beabsichtigte deutsch-österreichische Zollunion als eine Verletzung des Protokolls von 1922 betrachte. „Die Methode und die Art, so fuhr Henderson fort, in der die österreichische und die deutsche Regierung die übrigen Länder informiert hatten, riefen die ausgedehntesten Kommentare hervor. Ich selbst muß zugestehen, daß die deutsch-österreichische Methode dazu geeignet ist, die Vorteile von Genf und der dort gepflogenen Verhandlungsart zu zerstören. Am 23. März entschloß ich mich mit größtem Bedauern, die deutsche und die österreichische Regierung zu benachrichtigen, sie sollten sich keinen falschen Eindrücken hingeben über

das erste Mikrotrenn.

das durch ihre Aktion in vielen Ländern, ganz besonders aber in Frankreich erweckt worden ist.“ Aus den weiteren Erklärungen Hendersons geht hervor, daß ihm persönlich durch die „unglückselige Art“, mit der Deutschland und Oesterreich aufgetreten sind, seine Lebensaufgabe, die europäische Abrüstung, gefährdet erscheint. Bedäglich daraus ist die englische Verstimmung zu verstehen. Nachdem dann Henderson den Fortgang der diplomatischen Verhandlungen geschildert hatte, erklärte er mit erhobener Stimme, die englische Regierung werde

bei dem Generalsekretär des Völkerbundes beantragen, die Frage des Zollvereins auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung des Völkerbundes zu setzen.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, Deutschland und Oesterreich würden sich mit ihrem Zollabkommen einstweilen nicht berart festlegen, damit nicht weitere freundschaftliche Verhandlungen unmöglich gemacht würden.

Auf eine Anfrage eines konservativen Abgeordneten, ob Deutschland überhaupt das Recht habe, einem Staate Vorteile zu gewähren, die es den Alliierten nicht gewähre, jagte Henderson unter großem Beifall der Arbeiterpartei, es wäre besser, solche Fragen nicht zu stellen und die Untersuchung den Kronjuristen zu überlassen.

## Vor einem Regionalvertrag Oesterreich mit Ungarn.

Der österreichische Vizekanzler und Außenminister Schober hat sich vor Pressevertretern am Montag ausführlich über die Zollunion geäußert. Er ging davon aus, daß die Aktion des Völkerbundes im Jahre 1922 zwar Oesterreichs Finanzen sanierter hätte, während die österreichische Wirtschaft überhaupt nicht sanierter werden konnte. Es wurde Hilfe versprochen, aber es geschah nichts und das wirtschaftliche Elend, besonders in Mitteleuropa, wurde von Jahr zu Jahr größer. Das Europa-Memorandum Briand's wurde allgemein sympathisch begrüßt, aber man hörte auf der Septembertagung von 1930 nur Klagen, während kein positiver Hinweis auf eine Abhilfe in absehbarer Zeit zu vernehmen war. Er, Schober, habe auf dieser Tagung vorge schlagen, daß man den Versuch zu regionalem Abkommen zwischen Staatengruppen mit gleichgerichteten Interessen mache und dabei ausdrücklich betont, daß besonders die

Oesterreicher nicht lange warten könnten.

weil die wirtschaftliche Not in diesem zerstückten Wirtschaftsgebiet ganz besonders drückend sei. Auf der neuen Tagung der Pan-europa-Kommission in Genf gab es „nicht ein Quentchen positives Ergebnis“. Dann fuhr Schober fort: „Als der deutsche Außenminister in Wien war, wurde der Entschluß gefaßt, den praktischen Versuch einer Verwirklichung der Pan-europäer zu machen, eine Zollunion einzugehen und andere Staaten zum Beitritt einzuladen. Ursprünglich dachten die Minister daran, Mitteilung hieron bei der nächsten Pan-europa-Konferenz im Mai zu machen.“

Die deutsche Regierung fand aber, daß es notwendig wäre, noch vor der Tagung der Vorbereitenden Konferenz, die am 24. März stattfand, die anderen Staaten zu verständigen.

Da noch kein Vertrag, sondern nur Verhandlungen über prinzipielle Richtlinien vorliegen, haben die beiden Staaten die anderen Staaten verständigt, um nicht den Eindruck einer Ueber-rumpelung hervorzurufen. Vielleicht hat gerade diese Aufmachung den Eindruck hervorgerufen, als ob es sich hier um etwas im geheimen Ausgedachtes handele; aber ich glaube, aus dieser Korrektheit oder Ueberkorrektheit eine Mitteilung zu machen, bevor noch etwas geschah und etwas vereinbart ist, könnte man im Gegenteil uns höchstens den

Vorwurf übergroßer Loyalität,

aber uns nicht den Vorwurf machen, daß wir den Frieden Europas stören.

Schober setzte sodann auseinander, daß Deutschland im österreichischen Außenhandel an erster Stelle stehe, daß aber das Ergebnis dieser Handelsbilanz für Oesterreich sehr ungünstig sei.

Schober schloß mit den Worten: „Obwohl in der günstigsten geographischen Lage, im Herzen von Europa, gelegen, haben wir auf allen Seiten Zollmauern.“

und zwar Zollmauern, die einen von uns früher bedienten Markt abgegeschlossen haben. Das bitte ich hierbei nicht zu vergessen.

Richtsbestimmender haben wir uns nicht auf Deutschland beschränkt, und ich darf anführen, daß wir

mit Ungarn in Handelsvertragsverhandlungen stehen,

die, auf regionaler Grundlage und auf neuen Ideen aufgebaut, hoffentlich nach Ostern zu einem befriedigenden Ende führen werden. Wir wollen daselbst mit Jugoslawien machen. Andererseits führt Deutschland hier in Wien gegenwärtig Verhandlungen mit Rumänien. Beweise genug, daß wir, Mitteleuropa und Europa, und nicht lediglich eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich wollen.“

## Deutsch-französischer Wirtschaftsverkehr

Bemerkenswerte Feststellungen des Botschafters von Hoersch.

Im Zusammenhang mit der Debatte über die deutsch-österreichische Zollunion wird von französischen Industriekreisen die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland von dem 1927 abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich ganz einseitig Vorteile gezogen habe.

Anlässlich einer Mitgliederversammlung der Deutschen Handelskammer in Paris besuchte sich der deutsche Botschafter von Hoersch eingehend mit den Ergebnissen des deutsch-französischen Wirtschaftsverkehrs. Herr von Hoersch stellte fest, daß die Behauptungen französischer Wirtschaftskreise keineswegs den Tatsachen entsprechen und die deutsch-französische Handelsbilanz durchaus nicht so glänzend zu Deutschlands Gunsten ausgefallen sei. Der Botschafter wies hierbei nach, daß nach der französischen Statistik die deutsch-französische Handelsbilanz 1928 mit 772 Millionen Franken für Deutschland passiv, im Jahre 1929 und 1930 mit 1800 Millionen bzw. 3700 Millionen Franken aber für Deutschland aktiv gewesen sei. Diese Zahlen der französischen Statistik gäben aber keinen Anhalt, inwiefern Deutschlands Einfuhr nach Frankreich auf Grund des Handelsvertrages, auf Grund des Saarabkommens oder infolge der Sachlieferungsoverträge auf Reparationskonto erfolgt sei. Dagegen biete die deutsche Statistik, die die Einfuhr nach Frankreich auf Grund dieser drei Abkommen getrennt aufzuführen, eine entsprechende Klarstellung.

Herr von Hoersch wies nachdrücklich darauf hin, daß es ein falsches Bild ergebe, wenn Frankreich die deutschen Reparationslieferungen als einen Aktioposten für Deutschland einsehe. Nach der deutschen Statistik ergibt die Handelsbilanz von 1928 für Deutschland ein Passivum von rund 153 Millionen Mark und unter Abzug der Reparationslieferungen sogar ein Passivum von 550 Millionen Mark oder 3300 Millionen Franken. Im Jahre 1929 hatte Deutschland einen Ausfuhrüberschuss von 283 Millionen Mark, der sich jedoch unter Abzug der Sachlieferungen in Höhe von 486 Millionen Mark in ein Passivum der Handelsbilanz von 252 Millionen Mark oder 1500 Millionen Franken verwandelt. Das Jahr 1930 schließlich brachte nach Abzug der Reparationslieferungen ein Aktiolum für Deutschland in Höhe von 165 Millionen Mark oder 900 Millionen Franken. Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die deutsch-französische Handelsbilanz in den ersten beiden Jahren nach Abschluß des Handelsvertrages für Deutschland stark passiv gewesen ist und daß erst das Jahr 1930 die deutsch-französische Handelsbilanz zugunsten Deutschlands aktiviert. Entgegen den Behauptungen französischer Wirtschaftskreise hat also Frankreich bisher aus dem deutsch-französischen Handelsvertrag zahlenmäßig einen größeren Vorteil gezogen als Deutschland.







## Die Heimatlosen.

### Was tut der arbeitslose Landarbeiter in der Großstadt?

Der arbeitslose Landarbeiter in der Großstadt hat von der Tragik der Erwerbslosigkeit vielleicht das größte Teil abbekommen, weil die Stadt mit ihm und er mit der Stadt so gar nichts anzufangen weiß. Er hat kein Geld, kein Heim, keine Angehörigen, keine Ortskenntnis und damit — was besonders für die Großstadt gilt — auch nicht die notwendige Gewandtheit besitzt; darum liest man soviel und so oft, daß solch armer Teufel, der mit seinen ersparten paar Groschen in der Stadt sein Heil suchte, von irgendeinem Gauner bei ein paar Glas Bier und seiner damit erwachenden Vertrauensseligkeit um alles gebracht wurde.

#### Frühjahrsaison ohne Arbeit.

Rationalisierung, Maschine und Berufsüberfremdung durch Ausländer, das sind die drei Todsünde des Landarbeiters und die Statistik vom Januar 1931 weist 240 091 Erwerbslose, hiervon 85 660 weibliche Arbeitskräfte, im Deutschen Reich auf gegen 172 242 (hiervon 75 394 weibliche) im Vorjahr; also wiederum ein bedauerlicher Aufstieg. In der Hauptzeit der Erntegeld, zählte man im vergangenen Jahre 55 000 Arbeitslose und man befürchtet für die diesjährige Saison nichts Gutes. Allerdings reduziert sich die Zulassungsziffer für ausländische Arbeitskräfte in diesem Jahre von 100 000 auf 50 000, weiter besagen die Bestimmungen, daß nur, wer schon immer ausländisches Personal beschäftigt, hierfür in Frage kommt, weiter, daß der Rübenbau des Arbeitgebers mindestens 25 Morgen betragen muß; auch darf die Zahl der eingestellten Ausländer höchstens zwei Drittel der im Vorjahr genehmigten betragen. Dann schreiben die Bestimmungen die Beschäftigung von 80 bis 85 Proz. weiblicher Arbeitskräfte vor; trotz allem aber wird die Konjunktur am Arbeitsmarkt immer trostloser! Hierbei spielen auch die durch Mangel an Rentein und geschwächter Holzmarktlage stark eingeschränkten Fortwärtseisen eine große Rolle, und Holzarbeiter, die sonst ganzjährig Beschäftigung hatten, sind froh, ein paar Wochen Arbeit zu finden.

#### Auf der Vermittlungsstelle.

die zugleich Stempelstelle ist, drücken sich scharenweise junge, trübselige Männer herum und warten und warten... „In früheren Jahren mußten wir zur Saison Arbeitskräfte von den Nachweisen für ungelernete Arbeiter entnehmen und heute sind wir nicht mal imstande, unsere eigenen Leute unterzubringen“, erzählt der Beamte. „So in den ersten Tagen der Woche da geht es noch, da werden doch noch 10, 15 pro Tag untergebracht, sind es gar 20, dann ist es schon ein Haupttag, aber meist sind es höchstens zwei bis drei!“ „Am „Eingang für Arbeitgeber“ öffnet sich jetzt die Türe, und einer kommt herein. Wie elektrisiert fährt alles hoch, stellt sich in Postur, drängt sich ein wenig nach vorn, zeigt seine trübselige Brust, sein blühendes Gesicht, seine arbeitsgewohnte Hand. Der Vermittler verkündet: „Ein Hausdiener wird gesucht.“ „Ja, ich, ich.“ „Schreiben alle durcheinander, die Hoffnung befehlt ihre trostlosen Jüge? Arbeit, Brot! Und von den Vieles kann es doch nur ein einziges werden. Dann wird es wieder ruhig. Sie setzen sich und flüsten vor sich hin, ein paar stehen in Gruppen und plaudern; das enge Zimmer, die stickige Luft, das nervenzermürbende, hoffnungslose Warten bedrückt sie alle, sie müchten hinaus ins Freie und trübselig anpacken am Pflug, oder an der Harke, ihre Knochen regen und ihre Musteln stärken. Statt dessen heißt es unmäßig herumlungern und sich die Beine in den Bauch stecken; war noch Glück hat und Inhaber einer Stempelkarte ist, der weiß wenigstens warum er überhaupt da heraufkommt, aber nicht allen ist dies beschieden. Abgesehen von der vielfach zu kurzfristigen Beschäftigungsdauer verstehen es gerissene Unternehmer auch noch, sich von den Abgaben zu drücken, indem sie dem Arbeiter einreden, daß auch er auf diese Weise von der Abgabe der sozialen Lasten befreit ist; andere wieder stellen dem Arbeitnehmer eine mangelhafte Arbeitsbescheinigung aus, in der die Hauptsache, die Verdiensthöhe, nicht angegeben ist, so daß er in keine bestimmte Unterkategorie einzuordnen geht. Da bleibt dann eben bloß das bißchen Wohlstandsgeld. Und

man will doch leben und Frau und Kinder auch. Da gibt es Familien mit vier, fünf und noch mehr Kindern, die keiner in Arbeit nehmen will, was sollen sie beginnen? Solange noch ein wenig Erspartes da ist, wohnt man zur Miete, oder sehr bald geht's dann ins Asyl. Die Schnitterkaserne in Buch beherbergt wohl Frauen und Kinder, aber die Männer mühten ins Asyl und die Frauen, wenn sie Arbeit suchen wollten, immer erst in die Stadt fahren; auch in Prenzlau hat man eine sogenannte „Schnitterkaserne“ eingerichtet, aber die Leute versprechen sich doch mehr Arbeitsmöglichkeit durch die hiesigen Vermittlungsstellen und so zieht es sie alle nach der großen Stadt.

#### Trostlose Quartiere.

Wer frisch zugereist kommt und also noch etwas Moneten besitzt, der wohnt „privat“. Rund um den Schlesiischen Bahnhof und hinter dem Alexanderplatz gibt es eine ganze Menge solcher Quartiere. Preis pro Bett und Nacht 70, 80 Pf. bis 1 R. Für Ehepaare und solche, „die es werden wollen“, 1,20, 1,50 und 2 R. „Der Menschheit ganzer Sommer saßt mich an“ muß man mit Faust sagen, wenn man ein solches Quartier zu sehen kriegt. Von der Straße führen ein paar Stufen nach abwärts, dann kommt erst links eine Art Portierloge, wo der Hausgestrenge sein wachames Auge durch ein winziges Fensterchen gleiten läßt; dann ein schmaler, stauffester Gang, an dessen beiden Seiten sich verschiedene Türen befinden und der auch mit einer Türe abschließt. Links der Gangmauer sind Schürre gezogen, worauf armfellige Wäschebretter, Laten, Kleidungsstücke, zum Trocknen hängen. Dampf, moderig ist die Luft, die Wände feucht und schwarz, denn längst hat aller Verputz das Zeitliche gefegnet. Die Zimmer selbst: trostlos, grauhaft in ihrer Armseligkeit. In einem oben, stehen, durch zwei winzige Lämpchen notdürftig erhellenen Raum, stehen sich je fünf Bettchen gegenüber. Fast in jedem Bett liegt Mann oder Frau, obwohl es früh am Nachmittag ist. Sie rauchen, spielen Karten oder schauen. Was sollen sie auch machen, das kostet doch wenigstens ein Geld. In der einen Ecke steht ein kleiner eiserner Waschtisch, in der anderen Ecke ein Kochherd ohne Einrichtung, kalt ist's und finster, die Wände stockig, verdrückt, abgedrückt alles Weiß, wie häßliche Narben wirken die vielen schwarzen Flecken. Im Nebenzimmer, von der gleichen Szenerie, nur kleiner, quamt einer dicke Wolke, die Frau steht gebückt über einer winzigen Wochschüssel und versucht, einen Lappen von undefinierbarer Form und Farbe reinzuwaschen. Still ist's, fast wie in einem Gefängnis, keiner spricht ein lautes Wort, sie bösen und flüstern und pfeifen in ihrer traurigen Weltabgeschiedenheit, wohnen keine Luft und keine Sonne, kein bißchen Leben und Freude dringt. Unzählige Menschen haufen hier, wie in einem Ammenshause geht es zu, Bett neben Bett, alles besetzt; der Boos muß ein überaus gutes Geschäft machen.

Die kleinen Kinder der Landarbeiter werden so gut wie gar nicht betreut; für Säuglinge besteht in den Gemeinden vielfach keinerlei Unterbringungsmöglichkeit und die Mutter, die auf dem Felde ist, muß das Kleine unbetreut in der Wohnung einschließen, ebenso die Kleinkinder. Die Gemeindefürsorgerinnen sind mit ihren eigenen Schützlingen so stark überlastet, daß sie sich der Fremden einfach nicht annehmen können. Es müßten Kinderportale geschaffen werden, wo sich die Kinder unter Aufsicht aufhalten können. In aller sozialen, arbeitsrechtlichen und vor allem menschlichen Beziehung gilt der Landarbeiter immer noch als ein Wesen zweiter Ordnung.

Berliner Stadtbank am Osterjonnabend geschlossen. Osterjonnabend, den 4. April, bleiben sämtliche Girokassen der Berliner Stadtbank für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Nur für Wechselzahlungen wird in der Hauptkasse, Berlin C. 2, Wühlendamm 1, Erdgeschoss rechts, ein Schalter in der Zeit von 10 bis 2 Uhr geöffnet sein. Die Sparkasse der Stadt Berlin hält ihre Geschäftsstellen an diesem Tage gleichfalls geschlossen.

## Ueberfall im Laubengelände.

### Junger Arbeiter nachts niedergeschossen.

Als der Besitzer einer Wohnlaube in der Laubkolonie Märkische Schweiz in der Greifswalder Straße, wie erst jetzt bekannt geworden ist, am Sonntag früh gegen 4 Uhr vor sein Häuschen trat, sah er zu seinem Erschrecken in einigen Schritten Entfernung seinen zwanzigjährigen Sohn Erwin auf dem Boden liegen. Er nahm an, daß der junge Mann betrunken war, rief einen Nachbarn herbei, und beide schossen den jungen Mann auf einem kleinen Karren nach der Wohnlaube und brachten ihn zu Bett. Da sie kein Licht anzündeten, merkte keiner der Männer, daß der junge Mann angeschossen war.

Erst am Sonntagmittag erwachte Erwin aus der Betäubung und teilte seinen Angehörigen mit, was sich wirklich zugetragen hatte. Danach war er in der Zeit zwischen 1½ und 2¼ Uhr nachts nach Hause gekommen. In dem schmalen Laubengang sei ihm ein Mann nachgeschlichen, den er in der Finsternis nicht erkennen konnte. Da es ihm ungemütlich gewesen sei, habe er sich umgedreht und wollte den Mann anrufen. Ehe er aber ein Wort sagen konnte, habe der Schleiher auf ihn geschurt. Der erste Schuß traf ihn gleich in die Brust, der zweite Schuß durchschlug die linke Hand. Dicht vor der Laube der Eltern brach der junge Mann dann zusammen. Von der Inspektion A der Kriminalpolizei wurde der Kriminalbezirkssekretär Smettons mit der Untersuchung der mysteriösen Angelegenheit beauftragt. Die Feststellungen ergaben, daß der junge Lüdtadt im Wagen eines ihm bekannten Droschkenschauers nach einem Lokol an der Ecke der Wilhelm- und Charlottenstraße in Weißensee gefahren ist. Beide tranken hier zwei Glas Bier und Lüdtadt erwähnte, er wolle noch ein Mädchen abholen, mit dem er vorher getanzt hatte. Sie war aber nicht in dem Lokol, und Lüdtadt und der Chauffeur gingen allein fort. Zu Fuß ist der junge Mann hierauf die Greifswalder Straße bis zum Grundstück 115 entlanggegangen und dann nach links in das Laubengelände abgelenkt. Was den Ueberfall veranlaßt hat, auf den Arbeiter zu schließen, steht noch nicht fest. Es ist möglich, daß es sich um den Racheakt eines eifersüchtigen Nebenbuhlers handelt.

Die Verletzungen des Lüdtadt sind sehr schwer, besonders deshalb, weil so lange Zeit verstrichen war, ehe der Angeschossene in ärztliche Behandlung gelangte. Personen, die über den Schützen etwas ausfragen können, werden gebeten, sich bei der Dienststelle C 5 im Polizeipräsidium zu melden.

## Die Verfassungsurkunde im Koffer.

### Aus dem Verhör des Dokumentendiebes.

Zu der Aufklärung des Dokumentendiebstahls im Reichstag, über die wir bereits ausführlich berichteten, erfahren wir, daß der festgenommene Stubbenmaler Walter Wohlgemuth am Montag eingehend verhört wurde.

Wohlgemuth behauptet nach wie vor, mit dem Diebstahl nichts zu tun zu haben, sondern die Dokumente nur im Auftrage abgeholt zu haben. Der Silberdiebstahl, der im Juli verübt wurde, ist jetzt einwandfrei als in der Nacht zum 28. Juli geschehen festgelegt. Wohlgemuth, dem es möglich war, im Reichstagsgebäude aus- und einzugehen, hatte Zeit genug, sich nach der Verfassungsurkunde umzusehen. Die Bilderlegata, die, wie gesagt, in einem Ringversteck am Dranienburger Tor aufgefunden und beschlagnahmt wurden, hatte der Walter dort für eine unbegahlte Jedschuld als Pfand gegeben. Wohllich verhielt es sich mit dem Koffer, in dem die Verfassungsurkunde verwahrt war. Unter der Vorpiegelung, daß er ein Zimmer mieten wolle, war er bei der Wirtin in der Wilhelmstraße erschienen, hatte eine kleine Argobühne geleistet und seinen Koffer zurückerhalten. Als der vermeintliche Mieter sich nicht sehen ließ, brachte die Wirtin, die von dem Inhalt des Koffers natürlich keine Ahnung hatte, das Gepäckstück als auf weiteres auf den Hausboden.

Wohlgemuth ist am Montag dem Richter vorgeführt worden.



Für Vene ist nun die nächste Zukunft gesichert, und ihre Augen tun sich auf für das Land ringsum. Der Wind ist still gemorden und fortgegangen, nur im Wald hinten hat sich der Saum seines Kleides verfangen und rauscht. Der Mond ist schon hoch genug, um im See sich spiegeln zu können; aber im See sieht das aus, als liefen immerfort Tränen über sein gutes, großes Gesicht, stille Tränen, die langsam rinnen und nicht salzig sind.

„Es muß noch ein Stein auf Vaters Grab“, sagt Vene. „Einen großen, klöbigen Findling sollte man nehmen. Das paßt gut zu ihrem Herrn — zu ihrem Vater. Den Namen könnte man selbst hineinmeißeln.“

„Und auf die andere Seite einen kurzen Spruch.“

„Auf einem Ihrer Friedhöfe las ich mal einen, der mir gefiel. Er hieß: Viel Tod, viel Leben.“

Der Spruch gefällt ihr ganz und gar nicht. Aber sie will ihm eine Freude machen: „Ja, den werden wir nehmen. Er paßt auch so gut.“

Es klingt ihm wie eine Liebeserklärung. Sie gehen heim. Als sie kurz vor Papendiecks Haus sind, sagt Vene nach einem Blick in die Spargelfurche: „Auf Wiedersehen, Herr Schmitzer. Ich glaube, Sie müssen mich jetzt allein lassen.“

Behorsam geht Herr Schmitzer. Wie er nicht mehr zu erbliden ist, kriecht aus einem Spargelgraben etwas Schwarzes auf Vene zu, langsam, unheimlich langsam, leise winselnd. Sie erkennt den sterbenden Hund und geht ihm in der Furche entgegen.

Rolf will ihr die Pfote geben; als er sie hebt, fällt er um; seine drei Beine bleiben steif in der Luft, seine Zunge sucht ihre Hand; denn stirbt er.

Frieden zieht ein im Stubbenland; die Toten sind tot, und die Lebenden leben.

#### Ernte.

Der Friedhof liegt genau im Osten, da, wo das Stubbenland in steiler Kante zum Bieketal abfällt; der Jaun, den die Stiebler schon in der nächsten Woche aufgestellt haben, und das harte Rechteck des Grabes heben sich schwarz vom Horizont ab. Wenn die Sonne aufgeht, sieht es aus; als komme sie aus dem Grabe Papendiecks; als sei sie nicht jene Sonne, die überall und über allem scheint, sondern eine besondere Sonne, ausgesandt von Friedrich Papendieck, um zu scheinen über dem Spargel vom Stubbenland.

Am Tage nach dem Begräbnis ist sie zum erstenmal so heraufgekommen, mit Strahlen, die so scharf sind wie Nadeln, die oben jede Wolke durchstochen und unten jeden Sand bis in jene Tiefe von zwanzig Zentimetern, in der die Wurzelkronen braunschwarz warten. Immer bleibt es dann diese selbe Sonne, zwei Wochen lang, eine Sonne, die das Grünmalen der Birken und das Blantpuhen des Sees als Nebenarbeit betrachtet, die nur und nur nach den häßlichen Wurzelballen sucht, sie so verwöhnt mit der Wärme ihrer Lieblinge, daß sich ihr am Abend, wenn sie geht, sehnsüchtige weiße Arme nachstrecken; Arme, deren feine, spißfingrig gefaltete Hände bestimmt sind, das Bestir in der Frühe, im Aufgehen schon zu grünen.

Ja, ein guter Wettermacher ist der tote Friedrich Papendieck; gute und sorgsame Arbeiter aber sind die Lebendigen. Noch ehe Papendiecks Sonne rotgefroren aus seinem Grabe steigt, würgt Schornsteinrauch den milchigen Geruch des Rebels, durch dessen kriechende Schwaden der Landarbeiter Siegfried Schmitzer hästeln dem Bestirum Vene Papendiecks zuspaßt. Stumm bleibt sein Pavillon zurück; aber in den drei Häusern türren die Küchen, knistern die Herde, schlürfen die Kehlen. Es ist die gleiche halbe und doch gute Wärme, das gleiche halbe und doch gute Licht, der gleiche halbe und doch gute Kaffee überaß; wenn die drei Menschenpaare nicht so verschieden wären, die Gerüche und Gerüche würden sie nicht unterscheiden. Alle halten beim Trinken beide Hände um die Emailbecher gelegt, so daß die Handflächen warm sind, wenn sie nach den Henkeln der Spargelkörbe greifen, so daß die Fingerippen empfindsam genug sind, um die Schärfe der Spargelmesser zu fühlen. Alle prüfen die Kälte der Luft mit einem Hauch ihres Atems, wenn sie hinaustreten; allen tastet die Feuchte des Rebels im Raden.

Immer, wenn sie die ersten Schritte getan haben, jeder in seiner Furche, wird die rote Blut, die um Papendiecks schwarzes Grab schweilt, zur Flamme; dann hebt sich der Rebel und steigt auf schweren Schwingen in Papendiecks Sonne hinein und verbrennt. Er verschwindet schnell, denn kein Baum, kein Kraut, nicht einmal eine brockige Scholle halten ihn fest; die Menschen haben am Tage zuvor die Oberfläche mit ihren Brettern ganz glatt geklopft, und die Hügel aus gelbem Sand sehen aus wie endlos lange Kästen aus Zement. Es tut not, diese Arbeit sorgfältig zu verrichten; denn die Spargelpfeife, die ans Licht will, hebt kurz vor ihrem Aufstößen den Sand empor zu einem winzigen Hügel, den nur die Glätte sichtbar macht; hier muß gestochen werden.

Frühe für Frühe schreiten die drei Menschenpaare die Furchen ihrer Acker entlang und halten Ausschau nach den winzigen Hügeln im glatten Sand. Viermal haben sie es vergebens getan; am fünften Tage aber schwingt die Anna Maschke mit einem hellen Schrei etwas in der Luft, ihre Aermchen zappeln dünn über dem klöbigen Buckel; sie hat ihre Hügel immer am sorgfältigsten geglättet, darum entdeckt sie wohl als erste eine Pfeife, die ans Licht will. Aber schon wenige Minuten später ruft es von Kornis Acker herüber, und wieder wenige Minuten später von Papendiecks. Die Sonne vom Stubbenland hat in zehn Tagen einen ganzen Monat Kälte aufgeholt; die Ernte beginnt sogar etwas früher als üblich.

Wo der winzige Ring aus Sand sich zeigt; da sehen die Menschen die Körbe neben sich in die Furchen und bücken sich oder knien nieder. Sie schieben mit ihren Händen den Sand sorgsam beiseite, so daß der Spargelkopf frei liegt, eine weißgefaltete Kuppel zarblättriger Triebe. Weiter graben die Hände, immer um die zerbrochliche Säule herum, ohne Hast; denn viele andere, noch jüngere und also noch zerbrechlichere Säulen umstehen die eine, fertige, und sind alle auf dem Wege ins Licht, und dürfen nicht verlehrt werden. Vängst schon ist der Sand nicht mehr hell und trocken, ist dunkel und feucht; da erst halten die grabenden Hände inne. Das Spargelmesser wird an die Pfeife gelegt, es umhüllt sie halb mit der Hühnung seines Stahls; scharf knirscht die Schneide durch das weiße Fleisch, dicht über der Wurzel, und darf nicht hineinfahren, darf nicht die Triebe der Zukunft töten.

(Fortsetzung folgt.)



# Flughafen im Sommer.

Arbeitslosen-Konzerte. — Volksflugtag am Verfassungstag

Nachdem die Vorbereitungen für die Sonderveranstaltungen, die die Berliner Flughafengesellschaft in den nächsten Monaten in Tempelhof plant, abgeschlossen sind, kann zunächst folgende Uebersicht gegeben werden:

Wöchentlich zwei- bis dreimal, voraussichtlich Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, sind Konzerte. Die Kapelle wird sich aus arbeitslosen Musikern zusammensetzen. Das erste Konzert ist für Dienstag, den 21. April, in Aussicht genommen.

Anlässlich der Verfassungsfeier am 9. August wird der immer mehr Beachtung findende Volksflugtag durchgeführt, während am folgenden Sonntag, dem 16. August, im Flughafen Tempelhof der Deutschlandflug des Deutschen Verkehrsfliegerklubs seinen Abschluss findet. Zum ersten Male in Berlin wird am 6. September die Deutsche Kunstflugmeisterschaft für Damen und Herren in Tempelhof zur Austragung kommen. Schon jetzt sind bereits wertvolle Preise für diese Meisterschaften gestiftet worden. Am 15. September feiert der Berliner Verein für Luftschiffahrt sein 50jähriges Jubiläum. Anlässlich dieses Jubiläums ist ein Massenstart von Freiballonen vorgesehen. Am 1. Oktober, am Vortage des Geburtstags des Reichspräsidenten, wird, wie bereits im Vorjahre, ein Reichswehrkonzert, verbunden mit einem Riesenfeuerwerk, veranstaltet.

Ein besonderes Ereignis für die Berliner Bevölkerung werden die in Aussicht genommenen Zwischenlandungen des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ auf dem Flughafen Tempelhof sein. Verhandlungen der Berliner Flughafengesellschaft wegen Vorführung eines großen Raftetenwagens stehen vor dem Abschluss.

## Verleumdungen, kneifen, verschleppen.

Das ist die Lappertrei der Kommunisten.

Zum vierten Male stand gestern vor dem Einzelrichter in Moabit eine Privatklage wegen Verleumdung zur Verhandlung, die der Vorsitzende der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Max Ulrich, gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hein angebracht hatte.

In einem unflätigen Flugblatt hatte Hein vor den letzten Berliner Stadtverordnetenwahlen den Genossen Ulrich mit den gemeinsten Schimpfwörtern bedacht. Als Ulrich klagte, suchte Hein zuerst hinter seiner parlamentarischen Immunität Zuflucht. Nach Auflösung des Reichstages war Hauptverhandlungstermin auf den 12. September 1930, also zwei Tage vor der Neuwahl des Reichstages, anberaumt. Wer eschlie nicht? Der tapferer Verleumder Hein. Drei Tage später war er wieder immunn.

Die Verrückung der Geschäftsordnung des Reichstages machte es möglich, daß ein neuer Termin auf den 11. März 1931 einberufen wurde: die Genehmigung zur Durchführung der Strafverfolgung war erteilt. Statt des Herrn Hein erschien aber ein — Entschuldigungsschreiben, wonach er sich als Reichstagsabgeordneter auf einer längeren Agitationsreise außerhalb Berlins befinde. Herr Hein muß von Berlin eine sehr merkwürdige Vorstellung haben, denn er wurde am gleichen Tage in Weißensee und Reinickendorf gesehen. Der Termin wurde auf den 18. März verlegt, Herr Hein war wieder nicht erschienen. Der Vertreter des Genossen Ulrich, Genosse Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, beantragte die polizeiliche Vorführung. Dem Antrag wurde stattgegeben. Der Polizeibeamte, der Hein vorführen sollte, teilte aber mit, daß Hein unaufrichtig sei und sich angeblich in der rumänischen Hauptstadt Bukarest aufhalte. Diesmal hatte Hein von Berlin eine allzu grandiose Vorstellung. Er wurde nämlich an diesem Tage in der Akerstraße gesehen, und man mußte bisher nicht, daß die rumänische Hauptstadt in der Akerstraße anfängt.

Gestern, beim vierten Termin, war Hein endlich erschienen, um Beweisanträge zu stellen, die neben dem Thema herkäufen. Nach nervösem Vergleichsverfahren glaubte der Richter den Anträgen stattgeben zu müssen, setzte aber für Hein eine Ausschlussfrist von zwei Wochen zur ordnungsmäßigen Lieferung der Anträge fest. Die Verhandlung wurde darauf auf den 29. April verlegt.

Verleumdungen, kneifen, verschleppen: das ist die Kampfweise der Radikalen, mögen sie sich nun Kommunisten oder Nationalsozialisten nennen. Gleiche Brüder mit verschiedenen Kappen!

## „Berliner Beschaffungsamt.“

Ab 1. April neue städtische Dienststelle.

Die Gesellschafterversammlung der Berliner Ansehungs-Gesellschaft m. b. H. hat in ihrer gestrigen Sitzung die Beschlüsse des Aufsichtsrats und des Magistrats über die Auflösung der BÜG und Durchführung der Liquidation sanktioniert. Vom 1. April ab haben wir nach den bekannten Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung demnach ein „Berliner Beschaffungsamt“ als städtische Dienststelle, die der Deputation für Handel und Gewerbe angegliedert ist.

Wie wir weiter erfahren, ist gestern der in der BÜG als Abteilungsleiter für Chemikalien und Drogen beschäftigte kommunistische Stadtverordnete Dröhl freilich entlassen worden. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, keinen Dienst nicht gewissenhaft genug geführt und Maßnahmen der Geschäftsleitung sabotiert zu haben. Außerdem ist der Leiter der Lebensmittelabteilung, ein vorher bei der Industrie- und Handelskammer beschäftigt gewesener Dr. Franzen, plötzlich beurlaubt worden. Franzen wird ebenso wie Dröhl vorgeworfen, gegen die Anordnungen der Geschäftsleitung gearbeitet zu haben.

## Märzfeier der proletarischen Jugend.

Eine gemeinsame Märzfeier veranstalteten im Theater am Bülowplatz die Sozialistische Arbeiterjugend, die Freie Gewerkschaftsjugend, die UFA-Jugend und die Arbeiter-Sportler-Jugend Berlins. Den musikalischen Auftakt brachte das Bach-Vorleser unter Leitung von Dr. Herbst. Dann folgte eine Darbietung des Sprechchors der Jugendgruppe des JdU, Märzgedichte, Bekenntnisse zur Gemeinschaft der Werktätigen, Dichtermotive, aus denen das Ergebnis anklang, die Freiheit des Volkes zu bewahren und zu verteidigen. In seiner Ansprache betonte Hans Müller von der Freien Gewerkschaftsjugend, daß die Jugend von heute bereits morgen Träger der Idee, Träger der Verantwortung sei. Was sie heute bekennen, müsse sie morgen durch die Tat beweisen. Der März, Verkünder des Frühlings, erste Verheißung kommenden Reife, sei das Symbol dieser Jugend. Die Auf- führung von Upton's „Gesellschaft der Menschenrechte“ schloß die Veranstaltung. Dieses „Stück von Georg Brückner“, Bild einer kampfbereiten, nach Freiheit drängenden Jugend, die aber schillern muß, weil ihre Gefühlserschütterungen sie weder den Be-

# Kulturverband der Sechshunderttausend

Freidenkerverband soll nicht gemeinnützig sein!

Die übertragende Stellung, die der Deutsche Freidenkerverband innerhalb der Kulturinternationale einnimmt, kommt im Geschäftsbericht für das Jahr 1930 außerordentlich stark und überzeugend zum Ausdruck.

Nach 25jährigem Bestehen ist der Deutsche Freidenkerverband der größte und festeste Kulturverband aller europäischen und außereuropäischen Staaten. Allgemein als der „Verband der Sechshunderttausend“ bezeichnet, haben wir es hier mit einer Organisation zu tun, die weder durch kommunistische Methoden noch durch irgendwelche Machenschaften der Gegner unterhöhlt werden kann.

Der Beginn des Berichtsjahres 1930 stand im Zeichen der Vorbereitungen zur Verbands-Generalsammlung, die Ende April in Berlin abgehalten wurde. Die Tagung zeigte die geschlossene Kraft des Verbandes, beseitigte die Schranken kommunistischer Wählerarbeit und zeigte neue Wege kulturellen Kampfes. Daß die Generalsammlung den richtigen Weg eingeschlagen, beweisen noch heute die Auslassungen eines Teiles der Kirchenvertreter, die den Freidenkern jede kulturpolitische Tätigkeit überhaupt verbieten möchte. Der im Kampf gegen die Freidenkerbewegung führende Dr. Algermissen rief seine Anhänger zu gesteigerter Aktivität auf; nicht die kommunistischen Organisationen, sondern der Deutsche Freidenkerverband ist ihm der gefährlichere Gegner, der mit Hilfe der Gesetzgebung und des Staatsapparates lahmsgelegt werden soll. Unbeschadet sind diese Kräfte nicht geblieben: Die „Gotteslästerungsprozesse“ gegen rührige und bewährte Funktionäre — es wurden Strafen bis vier Wochen Gefängnis verhängt — wollen kein Ende nehmen. In der Frage der Körperschaftsrechte sind die Verhandlungen auf ein totes Gleis angelangt. Die Vera Becker ist noch immer nicht überwunden. Biel zu schaffen machte dem Verband der seit Jahren laufende Steuerprozess. Der Reichsfinanzhof verurteilte den Verband am 28. Oktober 1930 zur Zahlung der Körperschaftsteuer. Im Mittelpunkt der Urteilsbegründung durch den Reichsfinanzhof steht die Auffassung, daß der „Deutsche Freidenkerverband weder in bezug auf kulturelle Betätigung noch in bezug auf die Bestattungsversicherung als gemeinnützig anzusehen ist und

darum der Verbandsobligationspflicht unterliegt. Der Vorstand behält sich vor, auf die mehr als sonderbare Begründung noch näher einzugehen. Ob und in welchem Umfange der Verband auf Grund seiner Vermögenslage zur Zahlung herangezogen werden kann, unterliegt gegenwärtig der Nachprüfung. Diese ungerichte und harte Belastung wird der Vorstand nicht ruhig hinnehmen.

Die agitatorische Betätigung der rein kommunistischen Sonderorganisation ist gleich Null, ihre finanziellen Zustände spotten jeder Beschreibung.

Die propagandistischen Aufgaben des Deutschen Freidenkerverbandes wurden 1930 weiter gefördert. Ein Redakteur wurde hauptamtlich angestellt. Daß vom 1. April d. J. ab der „Freidenker“ zweimal monatlich erscheint, ist ein Zeichen der erstarkenden Kraft des Verbandes. Die Mitgliederbewegung weist leider eine hohe Zahl von Abgängen (insgesamt 57 926) auf. Auch hier macht sich die Wirtschaftskrise bemerkbar. Der Vorstand hofft diese Mitglieder nur vorübergehend verloren zu haben und wird ihnen beim Wiedereintritt das größte Entgegenkommen zeigen. Der von einer Treuhändergesellschaft erstattete Vermögensbericht zeigt eine nicht unerhebliche Steigerung der Verwaltungsausgaben, die durch die Verbands-Generalsammlung und die Namensänderung des Verbandes bedingt wurde. Zur Bilanz selbst kann mit Befriedigung gesagt werden, daß ein Vermögenszugang von über einer Million Mark verbucht wurde. Das Rücklagenkonto des Verbandes beträgt heute 4 1/2 Millionen Mark. Die Durchschnittseinnahmen pro Mitglied stiegen von 4,15 M. 1926 auf 6,47 M. 1930. Auch diese Zahlen spiegeln die fortschreitende Stabilisierung des Verbandes wider. Der Rückgang der Bestattungskosten ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Erhöhung der Einäscherungsgebühren im Jahre 1930 voll zur Auswirkung kam. Die Kosten pro Bestattung betragen im Berichtsjahr 155,17 M. gegen 149,70 M. 1929. Eine sozialere Gebührenpolitik der Städte, Berlin nicht ausgenommen, wäre wohl am Platze.

Wie stark die Werbekraft des Verbandes ist, erhellt daraus, daß trotz Krise und behördlicher Schikane 43 000 neue Mitglieder dem Verbands beitraten.

## Berlin als Bäderstadt.

Ueber sechs Millionen Bäder im Winter.

Während die „Berliner Winterbadefaison“ des Jahres 1929 im Zeichen der außerordentlich schweren Kälte stand, die viele Stammgäste den städtischen Warmbadeanstalten aus Furcht vor Erkältung von den Bädern fernhielt, brachte das vergangene Jahr den Berliner Hallenbädern Besucherzahlen, die noch über den an sich schon sehr günstigen Ergebnissen des Jahres 1928 standen. Insgesamt wurden an die Berliner Bevölkerung, die teils aus Mangel an Badegelegenheiten im eigenen Hause, teils aus Liebe zum Wasser und Schwimmsport regelmäßig die öffentlichen Badeschwimmbäder der Stadt besuchen, 6 072 000 Bäder aller Art verabreicht, gegenüber nur 5 811 000 im Jahre 1928.

Von der Gesamtzahl der verabreichten Bäder entfiel der größte Teil mit rund 3 629 000 auf Schwimmbäder. In nahezu gleicher Zahl wurden Bannbäder (1 472 000) und Brausebäder (1 330 000) verlangt, während sich die Nachfrage nach sonstigen Bädern (russisch-römische Bäder, sowie alle Arten von medizinischen Bädern) mit 246 400 in mäßigen Grenzen bewegten. Die Benutzung der einzelnen Bädergruppen nach Geschlechtern gestaltete sich grundverschieden. Wenn schon ganz allgemein betrachten der Anteil des männlichen Geschlechts an der Gesamtbesucherzahl mit 4 175 000 Vertretern das weibliche Berlin (2 205 000 Vertreterinnen) um ein wesentliches übertrifft, so äußert sich die Liebe der männlichen Bewohner der Reichshauptstadt zum seuchlichen Element vor allen Dingen in der stärkeren Benutzung der Schwimmbäder (2 337 000 männlichen Benutzungen stehen nur 1 292 000 weibliche gegenüber), die willkommenen Gelegenheit bieten, den Körper auch während der Wintermonate im Training zu halten.

Dafür ist wiederum der Anteil der weiblichen Badegäste an den verabreichten Bannbädern (815 000) wesentlich größer als beim männlichen Geschlecht (637 000). Brausebäder werden dagegen von den Damen nur sehr wenig geschätzt, denn mit 274 000 verabreichten Bädern dieser Gattung treten die Berlinerinnen dem männlichen Geschlecht gegenüber, über das sich 1 056 000 Brausebäder ergossen, stark in den Hintergrund. Nur in der Benutzung der medizinischen Bäder und sonstigen Heilbäder hält sich der Anteil der beiden Geschlechter mit 125 200 an Männern und 121 200 an Frauen verhältnismäßig. Bädern dieser Art ungefähr die Waage. Was endlich die Benutzung der städtischen Badeschwimmbäder nach einzelnen Monaten betrifft, so brachte der Oktober mit 643 500 Badegästen den Maximalbesuch, während die Zahl der verabreichten Bäder mit insgesamt 362 800 im Juli auf ein Minimum herabsank.

## Eckehard Grimme verstorben.

Der zwölfjährige Gymnasist Eckehard Grimme, der Sohn des preussischen Kultusministers, Genossen Grimms, der, wie wir gestern kurz mitteilten, auf dem Heimweg von dem Gymnasium in Jekelndorf unter die Räder eines Lastautos geraten war, ist gestern abend leider seinen offenbar schweren inneren Verletzungen im Hindenburg-Krankenhaus in Jekelndorf erlegen. Dem Minister, der sich mit seiner Frau zu einem kurzen Erholungsurlaub nach dem Süden begeben hatte, mußte die Nachricht von dem Tod seines Sohnes nach Boyen telegraphisch übermittelt werden; er hat sofort die Heimreise angetreten. Der Fall ist um so tragischer, als es anfangs gar nicht den Anschein hatte, als ob die Verletzungen des kleinen Grimme tödlicher Natur waren.

## Moderne Züge auf den Nordstrecken.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, sind die sechs ältesten elektrischen Züge (Versuchszüge) der Nordbahnstrecken (Stettiner Vorortbahn, Bernau, Oranienburg-Kremmen) vorläufig aus dem Verkehr gezogen und durch Züge neuer Bauart ersetzt worden. Die Reichsbahndirektion Berlin hofft, damit den mehrfach in dieser Richtung geäußerten Wünschen der Reisenden der Nordbahnstrecken entsprechen zu haben.

griff der Freiheit noch den Weg zu ihr klar erkennen läßt, fand begeisterte Aufnahme. Ist, wenn plötzlich aus dem Hin und Her des Dialogs Weg und Ziel des wahren Freiheitstempels sich formten als Gegensatz zu den unsicheren Taten dieser „Gesellschaft der Menschenrechte“, erklang bei offener Szene lauter Beifall.

## Millionenvermögen verpulvert.

Selbstmord eines ungetreuen Rechtsanwalts.

Dresden, 30. März.

In München hat am 24. März Rechtsanwalt Bernardo Sala Selbstmord durch Vergiftung verübt. Wie sich bald herausstellte, hat Sala ein ihm als Vermögensverwalter anvertrautes Millionenvermögen rieflos verbraucht.

Sala hatte bis zum 1. Oktober 1925 in Dresden die Rechtsanwaltspraxis ausgeübt und ist namentlich als Vermögensverwalter in Anspruch genommen worden. Später ist er nach München übergesiedelt, wo er ein luxuriöses Leben führte. Seinen großen Aufwand erklärte er damit, daß er den Posten eines Syndikus bei der W-Farben bekleide, der ihm 60 000 Mark jährlich einbringe. Sala war sehr viele Jahre Vermögensverwalter des ehemaligen österreichischen Obersteuerrates Haniel, dessen an sich schon außerordentlich großes Vermögen durch seine Verheiratung mit der als Wohlthäterin bekannten Witwe Sophie Baumgart noch in erheblicher Weise vermehrt wurde und eine Vermögensverwaltung notwendig machte. Nach dem Tode des Obersteuerrates Haniel besetzte Frau Sophie Baumgart-Haniel den Rechtsanwalt Sala in seiner Stellung als Vermögensverwalter. Sala hat das ihm entgegengebrachte Vertrauen in schändlichster Weise mißbraucht. Auf Grund des Testaments der im Sommer 1930 verstorbenen Frau Baumgart-Haniel sollte Rechtsanwalt Sala am 25. März die Auszahlung der Erbschaftsbeträge vornehmen. Die Erben waren teilweise aus Wien und in Dresden eingetroffen. Als die Nachricht von dem Selbstmord Salas eintraf, stellte sich auch heraus, daß das ganze ihm zur Verwaltung überlassene Vermögen rieflos verbraucht worden ist. Eine Stiftung für arme Kinder, die Frau Baumgart-Haniel testamentarisch bestimmt hatte und die ihr besonders am Herzen lag, ist unmöglich geworden. Auch der Verein für Krüppelhilfe in Dresden, die Kinderheilanstalt und sehr viele andere Wohltätigkeitsvereine, die mit ähnlichen Legaten bedacht waren, gehen leer aus.

## Einheitliche Verkehrszeichen.

Wichtige Abkommen für den internationalen Autoverkehr.

Die europäische Verkehrskonferenz in Genf hat am Montag drei wichtige Abkommen unterzeichnet.

Das erste Abkommen, das eine Vereinheitlichung der europäischen Straßenverkehrszeichen vorsieht, ist von Deutschland, Belgien, Dänemark, Dänzig, Frankreich, Luxemburg, Polen, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Südslawien unterzeichnet worden. Die deutsche Regierung hat jedoch nur unter Vorbehalt unterzeichnet. Das zweite Abkommen, das die steuerliche Behandlung der im Ausland weilenden privaten Touristenwagen regelt, ist von England, Belgien, Dänemark, Dänzig, Luxemburg, Holland, Polen, der Schweiz und der Tschechoslowakei, jedoch nicht von Deutschland und Frankreich unterzeichnet worden. Das dritte Abkommen, das die Regelung der Triptaxi (Autopässe) behandelt, ist von Deutschland, Belgien, England, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Holland, der Schweiz und Südslawien unterzeichnet worden. Das vierte auf der Konferenz behandelte Abkommen, das eine internationale Behauptung der Geschäftskraftwagen vorsieht, ist nicht zustande gekommen und muß als gescheitert abgehoben werden.

Gesellschaftsfahrten zu Ostern. Wie von der Reichsbahn mitgeteilt wird, können während des diesjährigen Osterfestes Gesellschaftsfahrten mit Fahrpreisermäßigung uneingeschränkt durchgeführt werden.

Vorübergehende Schließung der Staatsbibliothek. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, bleibt die Staatsbibliothek bestimmungsgemäß vom 2. April, 12 Uhr, bis 6. April geschlossen.

Wenn Allzumenschliches Dich drückt,  
Dann nimm Lavin. Du bist entzückt.



## Vier jugendliche Räuber.

### Schnellschöffengericht an Stelle des ordentlichen Gerichts

Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte — Vorsitzender Direktor M a j o r — stehen vier Angeklagte: der 19jährige Werkzeugmacher W., der 23jährige Schlosser A., der 21jährige Arbeiter B., der 20jährige Türschloßhänger S. Bis auf den letzten sind die vier jungen Leute unvorbestraft. Alle vier waren in der letzten Zeit arbeitslos, W., A. und B. erhielten keine Unterstützung.

Am 6. Januar d. J. wurde der Ingenieur J. — er hatte eben erst als Hausverwalter Mietgelder einliefert — vor seiner Wohnung in der Ballnertheaterstraße von drei Burischen überfallen. Zwei hielten ihm Pistolen vor, der dritte entriß ihm seine Aktentasche mit 1020 M. Die Räuber flüchteten und entkamen. Am 20. Februar überfielen zwei Männer in Weihen, die Buchhalterin Johanna K., sie hatte für die Firma Ibe in der Franz-Joseph-Straße von der Bank Bahngelder abgeholt. Von einem der Männer erhielt sie einen Schlag über den Kopf. Der andere verfrachtete die Tasche mit dem Gelde zu entziehen. Das Mädchen rief um Hilfe und die Burischen stüchelten unordentlichere Dinge. Einer der Übeltäter wurde verhaftet; es war der 19jährige W. Später verhaftete man auch seinen Komplizen und Halbbruder. Während beide ihrer Aburteilung entgegenstehen, stellte die Polizei W.'s Täterschaft auch beim Überfall in der Ballnertheaterstraße fest. Die beiden anderen Räuber waren B. und S., Helfer beim Überfall war A.

W. mußte für sein Kind Alimente zahlen. Da er keinen Rat wußte, beschloß er, den Hauptverwalter Jacoby zu betreiben. Er überredete B. und A. mitzutun, besorgte eine Schreckschusspistole und eine unbrauchbare Selbstlade-pistole, bat A., der im selben Hause wie Jacoby wohnte, ihm mitzutun, wann dieser wieder Mietgelder kassieren würde, und führte am 6. Januar den Raubüberfall aus. W., A. und S. erhielten je 300 M., A. 120 M.

Leber die Kindheit und Jugend, über die Gewohnheiten der Angeklagten, über die Beschäftigung ihrer Eltern erfährt man so gut wie nichts. Nur ganz zufällig äußerte der Angeklagte W., daß sein Vater der bekannte Verdröcker W. sei, der etwa 15 Jahre Gefängnis hinter sich habe und vor etwa anderthalb Jahren im Inzestverbrechen von Friedländer, unter den Birken, ein Zwölfstündchen erbaute. „Bischoff ist meine erbliche Bestrafung daran schuld“ sagte der Angeklagte. Das Gericht verurteilte W. zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, S. zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, B. zu einem Jahr und A. zu sechs Monaten Gefängnis. Ob dieses Urteil zu hoch oder zu niedrig war, konnte man schwer entscheiden. Da hätte man schon mehr über die jungen Leute wissen und erfahren müssen. Staatsanwalt und Vorsitzender schienen sich aber mit dem wenigen zu begnügen. Man begriff auch nicht, weshalb in diesem Fall das Schnellschöffengericht in Bewegung gesetzt werden mußte. Die Angeklagten waren nicht auf freier Tat erwischt, W. schon bereits einen Monat im Gefängnis, seine Tat in Weihen... Deshalb ist das Schnellschöffengericht nicht am Platze, wohl aber in diesem Falle?

## Kleine Versehen!

### Die aber wohl vermieden werden können.

Vor einigen Wochen berichteten wir über ein sehr bedauerliches Versehen, das in dem Berliner Städtischen Krankenhaus für Geburtshilfe in Charlottenburg vorgekommen war: Einem Ehemann, dessen Frau bei der in dem Krankenhaus vorgenommenen Entbindung 1928 gestorben war, war im November 1930, also 2 1/2 Jahre nach dem Tod seiner Frau, eine von dem Krankenhaus an diese Frau gerichtete Aufforderung zugegangen, sich zur Nachuntersuchung einzufinden. Einer Einladung des Dezernenten des Charlottenburger Gesundheitsamtes folgend, besichtigten wir bald darauf das in Rede stehende Krankenhaus für Geburtshilfe. Wir konnten feststellen: Die für den betreffenden Ehemann, der sich inzwischen wieder verheiratet hat, sehr peinliche Mitteilung an seine verstorbene Frau ist darauf zurückzuführen, daß eine an sich richtige Entgegung in die Journale des Krankenhauses von dem für die Ausschreibung von Mitteln Beauftragten übersehen worden ist. Dieses Versehen wurde zugegeben. Zugegeben wurde ferner, daß das von der Redaktion des „Vorwärts“ über den Berliner Städtischen Krankenhaus nach Charlottenburg gerichtete Schreiben liegen geblieben und nicht erledigt worden ist — auch aus Versehen. Ueber die Entbindung selbst, die im März 1928 mit dem Tod der Frau endete, konnte uns erschlüssende Auskunft erteilt werden, aus der hervorging, daß die ärztliche Versorgung seinerzeit vollkommen einwandfrei vorgenommen wurde. Es traten schwere umhergehende Komplikationen (unstillbare Blutungen) auf, mit denen jeder Arzt bei einer Entbindung rechnen muß und trotz aller Bemühungen konnte der Tod nicht verhindert werden. Das Krankenhaus selbst befindet sich, soweit ein einmaliger Besuch ein Urteil zuläßt, durchaus auf der Höhe. Die diesen Wöchenerinnen, die wir sahen, waren mit den Neugeborenen in bester Verfassung und fühlten sich offenbar wohl und geborgen.

Wir möchten aus diesem Anlaß, und zwar keineswegs nur an die Adressen der Krankenhäuser, sondern an alle öffentlichen Anstalten, Behörden usw. die Bitte richten, daß, wenn ihnen die Presse unter einseitigem Verzicht auf Berichtigung die Möglichkeit zu einer anderweitigen Erklärung eines Falles bietet, dieses Entgegenkommen nicht dadurch zunichte wird, daß man, wie in dem

# Beleidigungstheater.

## „Ein Hund bellt nicht — dazu sind immer zwei nötig.“

Wißt da das Leben kennen lernen, das nackte Leben in allen seinen Kleinigkeiten, ohne Schminke und Puder, so begib dich nach Roabit in einen der „Beleidigungstheater“. Du findest dort Gehässigkeit, Reiz, Mißgunst, Vorwitz, menschliche Gemeinheit jeder Art und Form in stückiger Konzentration. Du bewunderst den Richter, der das alles Jahr für Jahr über sich ergehen lassen muß und wunderst dich nicht, wenn ihm manchmal die Galle überläuft, er mit der Faust auf den Tisch schlägt, sich mit den Händen an den Kopf faßt, sich die Ohren zuhält und am liebsten die Tür hinter sich zuschlagen würde, um das alles nicht mehr hören zu müssen.

Reist sind es Frauen, die einander gegenüberstehen. Klägerin und Widerklägerin. Die Ehemänner sekundieren. Der Richter versucht es mit einem Vergleich. Es ist, als rede er mit Mauern. „Hören Sie mal, ich werde Ihnen was sagen, es hat doch gar keinen Zweck, im Verger sagt man doch verschiedenes. Die Frau hat zu Ihnen Hege gesagt? Dann hat sie Ihnen einen bestimmten Körperteil gezeigt. Also, Sie wollen sich nicht vergleichen? Und ein ausgewachsener Richter, der 27 Jahre Recht spricht, soll sich allen Ernstes damit beschäftigen.“ (Die Beklagte wirft irgendein Wort dazwischen.) „Ein Hund bellt nicht, das gibt's nicht, dazu sind immer zwei nötig.“ (Die Klägerin sagt im bösen Tone irgend etwas über die Beklagte. Die Beklagte erwidert. Beide wollen von einem Vergleich nichts hören.) „Reizen Sie nicht so einen Menschen durch Ihre Gehässigkeit (schlägt mit der Faust auf den Tisch, in höchsten Tönen): „Die Menschen sollen einander lieben, heutzutage gibt es nur Haß. Wohl wieder eine Siedlung (schaut in den Akten nach), natürlich, Kolonie Freiheit — Freiheit, einander zu beschimpfen — Nachbarn sollen sich vertagen. Also, Sie wollen sich nicht vergleichen? — Schön, wollen wir verhandeln. Bis jetzt habe ich mit Ihnen als Mensch gesprochen. Jetzt werde ich mit Ihnen sachlich reden als Richter. — Vielleicht werde ich später mit Ihnen ganz ruhig verhandeln (sehr laut): Sie können mir nicht verdenken, daß mir die Galle überläuft — ich habe auch gedacht, du müdest dich einmal in eine Siedlung ein — so an der Peripherie der Stadt — schöne Natur — himmlische Ruhe — wunderbar! Lust — aber seitdem ich

diese Abteilung habe, diese Kolonistenfächer —, da sage ich mir, Gott sei Dank, daß du nicht in einer Siedlung lebst. Das ist der Fluch des Armenrechts — es frisst ja den Leuten gar nicht ein, in die zweite Instanz zu gehen — aber es kostet ja nichts, da kann man eben klagen. Also schön, verhandeln wir.“

Der Richter verliest das Urteil erster Instanz. Angeklagte zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, Widerklage abgewiesen, Urteil zur Veröffentlichung im örtlichen Anzeiger. — „Natürlich, noch in die Zeitung. Das kann ich Ihnen schon jetzt sagen, ich lasse nicht so einen Dreck in der Zeitung veröffentlichen, es steht schon genug Unsinn darin.“ (Die Klägerin gibt zu verstehen, daß sie es auch gar nicht wünscht.) „Na, sehen Sie, Sie sind eine ganz vernünftige Frau, das habe ich gleich gesehen. Sonst sind die Männer die Vernünftigeren. Da ja... Also jetzt wollen wir die Zeugen hören.“ — Endlich kann in die Verhandlung eingetreten werden. Die Klägerin und die Beklagte legen den Sachverhalt vor. Es sind zwei Nachbarinnen, die eine wohnt Nr. 13, die andere Nr. 16, die eine 20 Jahre in der Siedlung, die andere 17 Jahre. Sie waren früher die besten Freunde. Die in Nr. 13 kann es der in Nr. 16 insbesondere nicht verzeihen, daß sie für diese Lust ist. Diesmal war der Anlaß zu den gegenseitigen Beschimpfungen der bellende Hund, und ging eben das gegenseitige menschliche „Geball“ los. Uhm uhm.

Den Ausgang der Verhandlungen wartet der Richter stumm nicht ab. Er sucht einen anderen Saal auf...

## Revision im Fall Safran.

Der Verteidiger des Angeklagten Safran im Barlensteiner Prozeß hat gegen das Urteil Revision eingelegt, aber nur insoweit, als Safran wegen Mittäterschaft zum Tode verurteilt worden ist. Die Revisionschrift rügt, daß Safran wegen vollendeten Mordes verurteilt worden ist, und behauptet, er könne nur wegen Beihilfe bestraft werden, da nicht er, sondern Kipnick die tödlichen Schüsse auf den Helfer Dohs abgegeben habe und außerdem Safran überhaupt nicht am Tatort gewesen sei.

vorliegenden Fall, die Anwesenheit liegen läßt oder sie wie in vielen anderen Fällen verzögert. Man sollte meinen, daß in vierzehn Tagen jeder Fall, der nicht ganz besonders kompliziert liegt, im Interesse des Publikums aufgeführt werden kann.

## Wildwest macht Schule.

### Berliner Kaufmann in Köln überfallen.

Köln, 30. März.

In der letzten Nacht wurde auf der Rikdarringstraße ein Berliner Kaufmann, der mit seinem Auto für einige Augenblicke anhalt, von zwei maskierten Männern überfallen. Diese zwangen ihn mit vorgehaltenem Revolver, sein Geld herauszugeben. Sodann versuchten die Täter den Wagen stoff zu machen, nachdem der Kaufmann aufgefordert worden war, diesen zu verlassen. Da der Wagen von den Tätern nicht in Gang gebracht werden konnte, wurde der Kaufmann, wieder unter Vorhaltung einer Pistole, gezwungen, ihn anzulassen zu lassen. Dann schoben sich die Täter hinein und fuhren davon. Der geraubte Wagen wurde später von dem Landjägerposten in Köln-Bohlentand gefunden.

## Märkische Verkehrs- und Touristenwünsche.

Der Brandenburgische Verkehrsverband nahm auf seinem diesjährigen Verbandstag in Potsdam unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Fröhdorf Stellung zu verschiedenen märkischen Verkehrsfragen. Der Ausschuss für Groß-Berliner Vorort-Verkehrs- und Tariffragen konnte von einigen von der Reichsbahn zugestandenen geringen Verbesserungen, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind, Kenntnis nehmen. Weitergehende Verbesserungen sind von der Reichsbahn, wie der Bericht betont, nicht zu erwarten. Schwer ins Gewicht fällt die Streichung der Provinzsubvention für den Verbund. In einer öffentlichen Versammlung sprach dann Stadtbaurat Gyps-Brandenburg über Stadtverkehrsprobleme der Gegenwart. In jüngeren Jahren löschten wie jählichen Ausführungen erging sich Handelskammerpräsident Dr. Bauer-Brandenburg über die Fernverkehrsfragen Deutschlands. An Hand außerordentlich wichtiger Sichtbildmaterialien konnte man sehr gut die Entmicklung verfolgen, die der deutsche Automobilverkehr bereits genommen und die er aber Voraussetzung noch weiter nehmen wird. Auch für Berlin sind allerlei Projekte, besonders auch solche der Umgehungs- und Entlastungsstraßen vorgesehen, worüber noch einmal besonders gesprochen werden mußte. Zum Schluß machte der Redaktor Walter Trojan-Berlin aus langjähriger touristischer Erfahrung Vorschläge für eine Verbesserung des Verkehrs, besonders aber des Wochenend- und Sonntagsverkehrs in der Mark; er wünschte eine bequemere und schnellere Beförderung der auf Sonntagsrucksackfahrten fahrenden, schlug eine Erweiterung der Geltungsdauer der Sonntagsfahrkarten auf zwei Tage vor und

trat für billigere Unterbringung und Verpflegung der Wochenendfahrer in den Gasthäusern der Mark ein. Der Redner führte als Gegenbeispiel die billigen Erholungsheime der großen Verbände (z. B. des D.V.) und das großartig ausgearbeitete System der Wanderheime des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ sowie der Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde an. Weiter legte er sich für energische Förderung touristischer Wünsche ein, z. B. Fernhaltung des Autoverkehrs von stillen Waldwegen und Freihaltung der Seeufer und Wörme vor einer Verödung der märkischen Landschaft durch radikale Abholzung schöner Baumalleen und alter Chausseebaumbestände. Oberbürgermeister Fröhdorf versprach, die hier gegebenen touristischen Anregungen und Wünsche im Verband durchzusprechen.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Öffentliche Kundgebung „Gegen Wirtschaftsnot und Faschismus“

Freitag, den 19. März, im großen Saal des „Ramen Welt“, Poststraße, Berlin, 19. März, 19 Uhr. Eintritt frei. — Programm: 1. Die Weltwirtschaftskrise. 2. Die deutsche Wirtschaftskrise. 3. Die deutsche Arbeiterjugend. 4. Die deutsche Arbeiterjugend. 5. Die deutsche Arbeiterjugend.

Treffpunkte der Gruppen: Brandenburger Tor: 19 Uhr. Prenzlauer Tor: 18 Uhr. Köpenicker Tor: 18 Uhr. Charlottenburger Tor: 18 Uhr. Spandauer Tor: 18 Uhr. Hakenfelde: 18 Uhr. Lichtenberg: 18 Uhr. Prenzlauer Berg: 18 Uhr. Mitte: 18 Uhr. Westend: 18 Uhr. Südend: 18 Uhr. Ostend: 18 Uhr. Nordend: 18 Uhr. Südwestend: 18 Uhr. Nordwestend: 18 Uhr. Südostend: 18 Uhr. Nordostend: 18 Uhr. Zentrum: 18 Uhr. Außenbezirke: 18 Uhr. Vorort: 18 Uhr. Umland: 18 Uhr. Grenzgebiet: 18 Uhr. Ausland: 18 Uhr. Fernverkehr: 18 Uhr. Luftverkehr: 18 Uhr. Seeverkehr: 18 Uhr. Eisenbahn: 18 Uhr. Straßenbahn: 18 Uhr. Omnibus: 18 Uhr. Autoverkehr: 18 Uhr. Luftverkehr: 18 Uhr. Seeverkehr: 18 Uhr. Eisenbahn: 18 Uhr. Straßenbahn: 18 Uhr. Omnibus: 18 Uhr. Autoverkehr: 18 Uhr.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

Die weltwärtigen Weltkrisen. Die vier deutschen Weltkrisen: Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise.

# ZUM OSTERFESTE

die neuen farbigen Frühjahrsmodelle

12.<sup>50</sup>

Damen-Strümpfe  
in allen mod. Farben.

15.<sup>50</sup>



18.<sup>50</sup>

21.<sup>50</sup>

Herrn-Socken  
in großer Auswahl.

# SALAMANDER







## Kommunalbanken im Krisenjahr.

### Bericht des Sparkassen- und Giroverbandes. — Öffentliche Bankkonzentration.

Das Jahr 1930 war auch für die Sparkassen und Girozentralen (Kommunalbanken) ein Sorgenjahr. Dennoch wurden die Geschäfte ausgebeutet, der Dienst an der Gesamtwirtschaft erweitert und verbessert, der finanzielle Ruhezustand erhöht. Der Jahresbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und der Deutschen Girozentrale gewährt in die kritische Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahres wertvolle Einblicke.

#### Wirkung der Septemberwahlen.

Der Bericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes stellt fest, daß die Sparkassen und ihre Bankanstalten das Krisenjahr 1930 verhältnismäßig gut überstanden haben. Der Ausgang der Septemberwahlen hat sich allerdings nur deshalb nicht katastrophal ausgewirkt, weil Sparkassen und Kommunalbanken von ausländischen Geldern nicht abhängig sind. Immerhin betrug der Zuwachs an Spareinlagen bei den Sparkassen im Jahre 1930 nur 1383,7 Millionen Mark; er blieb also um 641,5 Millionen hinter dem des Vorjahres zurück. Die zweite Hälfte 1930 war natürlich erheblich schlechter als die erste. Der Zuwachs ging im zweiten Halbjahr 1930 im Monatsdurchschnitt auf fast ein Drittel zurück, was natürlich auch mit der rückgängigen Sparfähigkeit, in der Hauptsache aber mit der durch die Septemberwahlen so katastrophal erhöhten Unsicherheit und auch mit der besonders in den westlichen Reichsgebieten festgestellten Flucht von Sparkapitalien ins Ausland zusammenhängt. Dafür zeugt, daß der

Oktober 1930 den geringsten Einlagenzuwachs und den höchsten Stand der Auszahlungen aufwies.

Interessant ist, daß bei den seit zwei Jahren bestehenden sechzehn öffentlichen Bauparkassen rund 23 000 Bauparverträge über rund 137 Millionen Vertragssummen abgeschlossen wurden, woraus bis Ende 1930 = 10,5 Millionen Baudarlehen zugeteilt waren. Durch Zuführung von freiem Kapital hoffen die öffentlichen Bauparkassen die außerordentlich langen Wartezeiten verkürzen zu können.

Mitte 1930 (Datum der letzten umfassenden Statistik) waren von sämtlichen Spareinlagen 46 Proz. in Hypotheken, 16,6 Proz. in Wertpapieren und 15,9 Proz. in Kommunalanleihen angelegt. 1930 wurden 650 Millionen Hypotheken neu begeben, die in erster Linie dem Wohnungsbau zugute kamen. Der kurzfristige Wirtschaftskredit betrug Mitte 1930 nur noch 20,4 Proz. der Einlagen gegen 64 Proz. Ende 1924. Die Sparkassen dürften hier des Guten vielleicht schon zuviel getan zu haben.

Die Entwicklung der Girozentralen (Kommunalbanken) war natürlich erheblich durch die schwierige Finanzlage der Kommunalverbände beeinflusst. Eine erfreuliche Erleichterung der Kommunalfinanzen, besonders hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von den Banken, spricht aus der Tatsache, daß bis Ende 1930 rund eine

#### Vierteilmilliarde kurzfristiger kommunaler Schulden in langfristige umgeschuldet

vierteilmilliarde kurzfristiger kommunaler Schulden in langfristige umgeschuldet werden konnten. Dabei haben die in fast allen deutschen Ländern eingeführten Kreditausschüsse sich als sehr wertvoll erwiesen. Im Jahre 1930 haben die Girozentralen insgesamt 517 Millionen neue langfristige Kommunalanleihen gewährt; seit 1924 beläuft sich diese Summe auf 2,67 Milliarden Mark.

Zur Politik der Sparkassen und Girozentralen macht Präsident Dr. Kleiner wichtige ergänzende Bemerkungen: Obwohl die Preussische Staatsbank (Seehandlung) weiterhin im Besitz von 25 Proz. des Kapitals der Deutschen Girozentrale Berlin bleiben wird, hat man den mit der Staatsbank vorgesehenen zentralen Geldausgleich, nachdem praktische Ergebnisse für beide Teile nicht zu erzielen waren, bei der Preussischen Zentralgenossenschaftsstelle verlegt. Die enge Verbindung zwischen Preussenkasse und Girozentrale Berlin kommt darin zum Ausdruck, daß in den letzten Tagen Dr. Kiepper, Präsident der Preussenkasse, in den Aufsichtsrat der Girozentrale und Dr. Kleiner in den weiteren und engeren Ausschuss der Preussenkasse eingetreten ist.

Mit der Deutschen Landesbankzentrale, dem Finanzzentrum der Provinzial- und Kreisbanken im Lande, wird eine erheblich engere Verbindung dadurch hergestellt, daß die Girozentrale durch Übernahme des 20prozentigen Kapitalanteiles der Preussenkasse ihren eigenen Anteil auf 40 Proz. erhöht, was praktisch für die Girozentrale die Herrschaft über die Landesbankzentrale bedeutet, da ein erheblicher Teil des Kapitals sich bei den übrigen Organisationen des Giroverbandes befindet. Die engste Zusammenarbeit mit den Landesbanken, die bekanntlich im Reiche vielfach mit Kommunalbanken fusioniert worden sind, ist damit gewährleistet. Eine förmliche Fusion wird allerdings, wie erklärt wurde, nicht angestrebt.

Die Landesbankzentrale ist nicht selbst Realkreditanstalt, sondern auf dem Kapitalmarkt nur ausführendes Organ der emittierenden Landesbanken. Es ist aber angesichts der starken Stellung der Sparkassen und Girozentralen im Realcredit und auf dem Kapitalmarkt sowie angesichts der drohenden Monopolisierung im privaten Hypothekenbankwesen ernsthaft zu prüfen, ob nicht, auch durch das Zusammenwirken mit der Landesbankzentrale

#### der privatkapitalistischen Bloßbildung eine öffentlich-wirtschaftliche entgegengesetzt werden muß.

Sehr energisch haben sich die Girozentralen dagegen gewehrt, daß sie ihrerseits allein für die Finanzierung der Krisenfürsorgekosten der Gemeinden geradestehen sollen. Sie sind der Meinung, daß auch die Sozialdemokratische Partei und der Städtetag Ausdruck gegeben haben, daß die Lasten der Krisenfürsorge und besonders der kommunalen Wohlfahrt vom Reich und den Ländern mit übernommen und aus laufenden Einnahmen (nicht aber aus Krediten) bestritten werden müssen.

Die Bilanz der Deutschen Girozentrale (Kommunalbank Berlin) zeigt wieder eine erhebliche Ausdehnung der Geschäfte. Die Umsätze sind von 33,3 auf 34,6 Milliarden gestiegen. Die Bilanzsumme hat (nach einer Steigerung um 110 Millionen Mark) die

Milliardengrenze um 38 Millionen überschritten. Die zentral gesammelten Gelder sind zwar gegen das Vorjahr um 25 auf 321 Millionen zurückgegangen. Dafür haben die langfristigen Anleihen bzw. Darlehen um 104 auf 658 Millionen zugenommen; davon sind 586 Millionen Anleihen (wovon wieder 155 Millionen auf Auslandsanleihen entfallen). Der Wiederkreis der Ende 1929 so fühlbar gewordenen Liquiditätskrise ist energisch vorgebaut worden. Obwohl die Einlagen um 25 Millionen kleiner sind, sind die flüssig gehaltenen Mittel um 18 Millionen erhöht worden; die Laufzeiten der am Geldmarkt verliehenen Gelder wurde verkürzt. Die Bestände

#### Die deutsche Girozentrale 1924—1930 (in Millionen Mark)

	1925	1927	1928	1929	1930
Kapital . . . . .	5,0	38,8	39,7	39,7	39,7
Bilanzsumme . . . . .	197,7	641,3	880,3	958,0	1038,3
Anleihen . . . . .	0,9	312,0	475,5	506,5	586,1
Privatkreditgeschäft . . . . .	53,2	34,0	24,8	20,9	11,6
Umsatz Milliarden RM. . . . .	11,8	24,2	29,2	33,3	34,6

an eigenen Wertpapieren sind durch die günstigen Verkaufserhältnisse des ersten Halbjahres 1930 um 45 auf 33 Millionen Mark ver-

## 200 Jahre Buderus.

### Jubiläumsdividende von 4 Prozent.

Die Eisenwerke Buderus A.-B. in Wetzlar, die in diesem Jahr aus ihr 200jähriges Betriebsbestehen zurückblicken, schüttet für das Jahr 1930 trotz der großen Schwierigkeiten im Erzbergbau eine Dividende von 4 gegen 6 Proz. aus. Der Umsatz des Unternehmens verminderte sich im Berichtsjahr von 49,4 auf 33 Mill. Mark, mithin um rund 33 Proz. Ueberraschend gering ist demgegenüber der Betriebsüberschuss zurückgegangen, der um noch nicht 7 Proz. von 5,13 auf 4,8 Mill. Mark gesunken ist.

Förderung und Abzug der Eisensteingruben mußten im Berichtsjahr um etwa 50 Proz. gedrosselt werden, während die Förderung der Gruben im Durchschnitt um 12 Proz. und der Kalksteinbrüche um 17 Proz. zurückging. Sehr hart ist die Belegschaft von der Krise betroffen worden. Zum Jahresende 1930 hatte sich die Gesamtzahl der Bergangehörigen gegenüber Dezember 1929 von 6351 auf 4029 Mann, also um 36,7 Proz., verringert. Da die jährlichen Subventionen an den Siegerländer Erzbergbau im letzten Jahr an die Bedingung geknüpft waren, daß die Anlage abgebaut werden dürfe, hat der Buderus-Konzern diese Bestimmungen nicht eingehalten. Wenn die Verwaltung im Geschäftsbericht die Hoffnung ausspricht, daß die Subventionen trotzdem im laufenden Haushaltsjahr weiterfließen werden, muß von Preußen und dem Reich gefordert werden, daß sie bei weiteren Beihilfen aus den Geldern der Steuerzahler unnachlässig auf Einhaltung dieser Bedingungen vom Sommer 1930 festhalten.

## 665 000 Wohlfahrtsberwerbslose in Preußen.

### Neue statistische Erhebungen für Ende Februar.

Eine Statistik der Wohlfahrtsberwerbslosen in Preußen wird jetzt erstmalig in der „Statistischen Korrespondenz“ bekanntgegeben. Hiernach ist die Zahl der Wohlfahrtsberwerbslosen seit September 1930 in ständiger Steigerung um rund 218 000 oder 48,7 Proz. auf rund 665 000 Ende Februar 1931 angewachsen, so daß am letzten Stichtage auf 1000 Einwohner 17,42 Wohlfahrtsberwerbslose entfielen. Die Steigerung von Monat zu Monat hat aber, nach Erreichung des größten Ausmaßes im Dezember (57 333) und Januar (55 330), im Februar (25 470), bereits erheblich nachgelassen.

Etwas über zwei Drittel aller Wohlfahrtsberwerbslosen (456 162) stellen die aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Ausgesteuerten. Rund ein Fünftel (140 451) der Untertügigen sind Personen, die in ihrer bisherigen Arbeitnehmertätigkeit noch keine Anwartschaft auf Leistung der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge erreicht haben, während die sonstigen Wohlfahrtsberwerbslosen (erwerbslos gewordene Selbständige, nicht versicherungspflichtige Angestellte) rund ein Zehntel (68 465) ausmachen. Bemerkenswert ist, daß der Zustrom von Ausgesteuerten im Februar stark nachgelassen hat.

## Schwieriger Spielwarenegport.

### Wachsende amerikanische Konkurrenz.

Wie der Reichsverband deutscher Spielwarenindustrieller mitteilt, ist im Jahre 1930 die Ausfuhr deutscher Spielwaren wertmäßig um 120,9 auf 105,9 Mill. M. gesunken. Diesem wertmäßigen Exportrückgang von 12,9 Proz. steht jedoch nur ein mengenmäßiger Rückgang von 463 000 auf 431 400 Doppelzentner, also ein Ausfall von 6,4 Proz. gegenüber. Es zeigt sich also, daß reichlich die Hälfte des wertmäßigen Exportrückganges auf den durch die Krise bedingten Preisabfall entfällt.

Bemerkenswert gut hat sich auch im Berichtsjahr der europäische Markt für Deutschlands Spielwarenegport gehalten. Europas Anteil konnte sogar von 59,9 auf 64,5 Proz. des gesamten Exports an Spielwaren erhöht werden. Insgesamt nahm der europäische Markt Spielwaren im Werte von 68,4 Mill. M. auf, wovon der Löwenanteil auf England entfiel. Großbritannien allein kaufte 1930 163 400 Doppelzentner im Werte von 36,6 Mill. M., also annähernd 55 Proz. der in Europa abgesetzten Spielwaren. Es folgen Holland mit 5,88 Mill. M. an zweiter und Frankreich mit rund 5 Mill. M. an dritter Stelle. Demgegenüber ist auf dem amerikanischen Kontinent

ringert worden. Die kurzfristigen Ausleihungen wurden um 8 auf 180, die Darlehen mit festen Laufzeiten um 103 auf 657 Millionen erhöht.

Die Gewinnrechnung ist günstig. Die Gesamteinnahmen stiegen von 6,93 auf 8,11 Millionen. Bei den Geschäfts- und Verwaltungskosten zeigte sich ein Rückgang von 3,88 auf 3,58 Millionen. Die Abschreibungen wurden von 0,12 auf 0,34 erhöht, die Pensionskasse um neue 0,30 Millionen gestärkt. Es ergibt sich ein Betriebsüberschuss von 2,47 gegen 1,61 Millionen, was einer Steigerung um etwa 50 Proz. entspricht. In die Gewinnrechnung sind diesmal auch 897 000 Mark aus Effektenangehäufen eingeleitet, die ziemlich genau der Steigerung des Betriebsüberschusses entsprechen. Die Sparkassen und Girozentralen dürften im ganzen

#### besser abgeschlossen haben als die Privatbanken.

Das Vertrauen zu ihnen blieb unerschüttert. Nicht nur das. Im neuen Jahre steht es so aus, als ob Sparkapital den Sparkassen aus neuen Quellen zuwandert, wahrscheinlich auch von den Privatbanken. Die Sparkassen haben recht daran getan, den Sirenenwünschen der Privatbanken nach gemeinsamer Zinspolitik nicht zu folgen. Sie taten recht daran, an dem Streben nach Verringerung der Zinspanne, wozu auch die Unabhängigkeit bei den Debitoren gehört, zugunsten der Gesamtwirtschaft festzuhalten. Das wird sich für die Volkswirtschaft, das muß sich auch für die Sparkassen bezahlt machen. Konkurrenz in den Zinsbedingungen ist nötiger als je.

die Ausfuhr der deutschen Spielwarenindustrie wertmäßig um 23 Proz. und mengenmäßig um 18 Proz. gesunken. Bei einigen mittel- und südamerikanischen Staaten wurde infolge politischer Unruhen die Ausfuhr bis zu 50 Proz. und darüber gedrosselt. Die zunehmenden Abfahrverluste in Nord- und Südamerika sind hauptsächlich auf die nach dem Kriege stark ausgebauten Eigenproduktion in den Vereinigten Staaten mit gleichzeitiger einseitiger Hochschulzollpolitik zurückzuführen und auf die verstärkte Konkurrenz der Vereinigten Staaten in Südamerika. Welche Bedeutung der Spielwarenproduktion in den U.S.A.-Staaten beigemessen ist, wird aus der vom Enquetenausschuss festgestellten Tatsache ersichtlich, daß die Spielwarenproduktion der Vereinigten Staaten mit jährlich 340 Mill. M. weitaus an der Spitze marschiert, während Deutschland, das vor dem Kriege über die Hälfte der Weltproduktion besaß, mit einem jährlichen Fabrikationswert von 220 Mill. M. weit zurückgedrängt ist.

## Zahlungsausschub für den Fürsten Pleß.

### Bis zum 1. Oktober 1931.

Ende vergangenen Jahres ist der schlesische Magnat und Konzernbesitzer Fürst Pleß in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die bei dem ausgedehnten Bergwerks- und Fabrikensbesitz von Pleß eine große Anzahl von Lieferanten und anderen Gläubigern in Mitleidenschaft zogen.

Da ein Konkurs nur unter schwersten Verlusten für die Masse der Gläubiger durchzuführen gewesen wäre, war zunächst bis zum 31. März dem Konzern Zahlungsausschub bewilligt worden. Auf der gestrigen Gläubigersitzung ist nun ein weiterer Zahlungsausschub bis zum 1. Oktober d. J. zugestanden worden. Wie der Gläubigerausschub auf dieser Sitzung mitteilte, ist die Situation bei den Pleßschen Stickstoffwerken Waldenburg soweit geklärt, daß die Betriebe zur Zeit wenigstens ohne Zuschüsse weiterarbeiten. Ueber die Höhe der Quote konnte noch nichts mitgeteilt werden, da ein allgemeiner Ueberblick über den Status des gesunkenen Konzerns, also der Waldenburger Bergwerks-L.-G. und der übrigen deutschen und polnischen Besitzungen des Fürsten Pleß, noch nicht vorliegt. Ferner wurde mitgeteilt, daß in die Waldenburger Stickstoffwerke A.-G. bis zur Inbetriebnahme etwa 23 Millionen Mark gesteckt worden sind. Hierfür wurden bereits 10,9 Millionen Mark Hypotheken eingetragen. An Poffinen sind insgesamt 24,2 Millionen Mark vorhanden, darunter 11½ Millionen Mark unbezahlte Baurrechnungen.

An der Abwicklung der Pleß-Sanierung nehmen außer Vertretern des Reiches und Preußens führende Industrielle unter dem Vorsitz des Generaldirektors von der Porten (Reichsaluminiumwerke) teil. Es ist gelungen, die zur Abwicklung notwendigen Kapitalien teils durch Bankkredite, teils durch Verkäufe aus dem Pleßbesitz — wie die Abstoßung des Bodens Salsbrunn an den Preussischen Staat — aufzubringen. So sei es bisher gelungen, die Gläubiger vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten und einen Konkurs zu vermeiden, der von schwerwiegendsten Folgen für die mit dem Pleß-Konzern verbundenen Wirtschaftszweige begleitet sein mußte.

## Kein Staatsbankrott für Neusüdwales.

### Der Bund wird zahlen, aber Neusüdwales auch verfallen.

Der von Erdbeben so schwer heimgesuchte australische Bundesstaat Neusüdwales hatte zum 1. April die Einstellung der Zinszahlungen für englische Anleihen angekündigt. Das wäre der Staatsbankrott gewesen. Für den australischen Bund hat der Bundesministerpräsident jetzt erklärt, daß er für die Zinszahlungen geradesteht. Er wird aber auch die Regierung von Neusüdwales verfallen lassen, weil sie gegen die australischen Gesetze gehandelt hat.

## Nach der Herrschaft die Betriebsführung

### A.G. „pachtet“ Apparatefabrik Dr. Paul Meyer.

Das elektrische Apparategeschäft bei der bekannten Berliner Spezialfabrik Dr. Paul Meyer A.-G. muß auch im letzten Jahre recht gut gegangen sein, denn die Gesellschaft ist in der Lage, für 1930 eine Dividende von 6 Proz. gegen 8 Proz. im vorhergehenden Jahre auszusütteln. Seit zwei Jahren steht das Unternehmen unter dem beherrschenden Einfluß des A.G.-Konzerns, der jetzt durch einen neuen Vertrag auch die Betriebs-

**ENVER BEY VALUTA 30** Die neue Ligarette dick und rund 1/4

PACKUNG PF.



führung des Wertes übernimmt. Wie der Geschäftsbericht mitteilt, hat die AEG die Anlagen unter Übernahme sämtlicher Vorräte vom 1. Januar d. J. ab gepachtet und ihrem eigenen Fabrikationsprogramm eingegliedert. Auch der Betrieb der Wertfabrikate wird künftig von der AEG-Organisation durchgeführt.

Für die Aktionäre der Dr. Paul Meyer A.-G. ist der Vertrag mit der AEG in den gegenwärtigen ungewissen Zeiten zweifellos ein gutes Geschäft, denn die vertragliche Pachtsumme sichert ihnen auch in Zukunft eine jährliche Dividende von 6 Prozent.

## Versicherungsparbriefe.

### Die neue Sterbefallversicherung des Allianz-Konzerns.

Der Allianz-Versicherungskonzern hat eine neue Form der Lebensversicherung geschaffen: den Versicherungsparbrief. Es handelt sich dabei um eine einmalige Anlage von 100 Mark, für die von der Versicherungsgesellschaft nach zehn Jahren oder nach dem Tode des Versicherten, falls dieser früher eintritt, ein Betrag von 160 Mark zurückgezahlt wird. Die Verzinsung stellt sich — unter Einrechnung von Zinseszinsen — im Erfolgsfall auf etwas weniger als 5 Prozent. Der Erwerb eines Versicherungsparbriefes erfolgt ohne ärztliche Untersuchung, der Versicherte darf aber beim Erwerb nicht älter als 50 1/2 Jahre sein, und wenn er im ersten Jahr des Versicherungslaufes stirbt, wird den Erben nur der eingezahlte Betrag zurückgezahlt.

Die neue Versicherungsform stellt für die Versicherungsgesellschaft zweifellos ein gutes Geschäft dar. Denn sie verzinst eine Daueranlage mit weniger als 5 Prozent, während sie selbst als Gegenwert fest verzinsliche Anlagen mit mehr als 8 Prozent Effektivverzinsung erwerben kann. Der Spielraum von mehr als 3 Prozent jährlich ist als Risikoprämie für den Ablebensfall sicherlich sehr reichlich.

Wichtiger als die geschäftliche Seite der Sache ist aber ihre allgemein-wirtschaftliche Bedeutung. Die Allianz ist bei der Schaffung der neuen Versicherungsform von der Beobachtung ausgegangen, daß der unaufhörliche Wechsel der Konjunkturschwankungen und die häufige Wiederkehr von Perioden der Massenarbeitslosigkeit vielen Spar- und Versicherungslustigen den Abschluß einer regulären Versicherung mit ihren regelmäßigen Prämienzahlungen unmöglich machen oder zumindest erschweren. Die einmalige Anlage eines bestimmten Betrages taugt hingegen eher einmal in Frage kommen.

Genau die Verknüpfung des Spargedankens mit dem Versicherungsgedanken in dieser eigenartigen Form ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir sind aber der Auffassung, daß für die breiten Massen der Bevölkerung diese schwerfällige Anlageform mit ihrem verhältnismäßig großen Minimalbetrag von 100 Mark viel weniger in Betracht kommt und weniger erstrebenswert ist als die Kombination regulärer Spargelagen mit dem Versicherungsschutz. Man könnte sich z. B. vorstellen, daß die Sparkassen ihren Einlegern die Möglichkeit geben, eigene Versicherungsportionen anzulegen, auf die in beliebigen Zeiträumen und in beliebiger Höhe Einlagen gemacht werden können, die für eine bestimmte Zahl von Jahren gebunden sind und für die im Todesfall ein Versicherungsaufschlag nach bestimmten Normen gewährt wird.

Hier scheint uns eine wichtige Aufgabe der Sparkassen zu liegen, die um so dringlicher ist, als die Sparkassen die Konkurrenz der neuen Versicherungsform vielleicht bald zu spüren bekommen werden.

## Neue Großmühle der GEG in Mannheim.

Mit der vor 3 1/2 Jahren in Magdeburg in Betrieb genommenen Großmühle der GEG wurde der erste Versuch in der Eigenproduktion auf dem Gebiete der Mälzerei gemacht. Im vorigen Jahr war es der GEG möglich, auch die beiden Mühlen in Duisburg und Bochum, die den Vereinen „Eintracht“, „Essen“ und „Wohlfahrt“, Bochum, gehörten, zu übernehmen. Nun kann über die Inbetriebnahme einer Großmühle in Mannheim berichtet werden. Dieser neueste Produktbetrieb der GEG stellt einen weiteren beachtlichen genossenschaftlichen Erfolg dar.

Die Gesamtleistung der Mühle beträgt 200 Tonnen Getreide in 24 Stunden, und zwar hat die Weizenmühle eine Leistung von 150 Tonnen, die Hartweizenmühle und Roggenmühle eine solche von je 25 Tonnen. 46 Walzenmühle der Weizenmühle, 10 Walzenmühle der Hartweizenmühle und 8 Walzenmühle der Roggenmühle verrichten den Mahlprozeß.

Die Anlage kann zur Zeit als der schönste und modernste Mühlenbetrieb Deutschlands gelten.

Neue Abgabebedingungen für Costra-Roggen. Mit Wirkung ab 30. April gibt die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Costra-Roggen in Verbindung mit Kartoffelflocken nur noch im Verhältnis von 1:2 ab, d. h., bei einem Bezuge von einem Teil Roggen müssen zwei Teile Kartoffelflocken mitgekauft werden. Die bisherigen Preise und das bisherige Verhältnis zu den Getreidebezugspreisen bleiben bestehen.

Bremer Deichmag-Werft will weiter entlassen. Die Arbeitsverhältnisse bei den Bremer Werften haben jetzt einen kaum noch zu überbietenden Tiefstand erreicht. Die Deichmag (Deutsche Schiffbau- und Maschinenfabrik A.-G.), in der neben der Werftwerft auch die Tellenberg-Betriebe aufgegangen sind und die in guten Jahren über 16 000 Mann beschäftigte, hat heute noch 2000 Mann Belegschaft in ihren Betrieben. Im April sollen 200 Beamte entlassen und den übrigen das Gehalt um 10 Proz. gekürzt werden. Wenn sich der Auftragseingang nicht bessert, stehen weitere Arbeiterentlassungen bevor.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe! — (A.B. = Kreisvorstand.)

- Heute, Dienstag, 31. März:**
1. Kreis. Erweiterte A.B.-Sitzung im Lokal Soubabian, Spinnmüller Str. 11.
  2. Kreis. 20 Uhr Kreisversammlung im Viktoriapark, Wilhelmstr. 114-115, Stellungnahme zum Parteitag, Mitteilungs- und Mandatskarte legitimiert.
  3. A.B. Die Bezirksleiter werden an die Mitteilung des Obmannes für die Bildungsarbeit und an die lokalpolitischen Osterbeiträge der Abteilung heute, Dienstag, erinnert. Die Parteifunktionäre übernehmen ab 1. April unter Genosse Walter Danneberg, Ostufer Str. 5. (Für die Bezirksleiter zusätzlich außer Diensttags und Freitags.)
  4. A.B. Gemeindefunktionäre Sitzung der Bezirke 3 und 2a laut besonderer Einladung.
  118. A.B. Sitzung der Gruppen- und Straßenleiter im Spal Bartmann, Jochenstraße.

- Morgen, Mittwoch, 1. April:**
5. Kreis. 12. Redaktionsgruppe, Deutscher Arbeiterverband, Gruppenfunktionäre Sitzung der Redakteure, Kropcke Str. 10.
  6. A.B. Junge Parteikräfte, Zusammenkunft Genthiner Str. 17, Zimmer 6, Thema: „Sowjetland“.
  7. A.B. Sitzung der Reliquienkommission bei Kober, Stephanstr. 11.
  8. A.B. 20 Uhr erster Auswahlabend der jüngeren Parteimitglieder bei Parteilied, Wälderstr. 10, Kottbuscher, Wohnung, Kreisbildungsleiter Mandatskarte heute am Sonntagabend.
  9. A.B. Pflanzensachen der jüngeren Parteimitglieder, 20 Uhr bei Kober, Stephanstr. 11, Vortrag über Marxismus.
  10. A.B. Funktionärsitzung bei Jamin, Sophie-Charlotte-Str. 28.
  11. A.B. Bildungsausschuss junger Parteimitglieder fällt aus.
  12. A.B. 20 Uhr Funktionärsitzung bei Edelhof, Kottbuscher, 15a.
  13. A.B. 20 Uhr Funktionärsitzung bei Quandt, Kottbuscher, 21, Ost-Hausbureau.
  14. A.B. 20 Uhr bei Schmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 39-41, Funktionärsitzung.
  15. A.B. Abrechnung beim Genossen Jung, Hermannstr. 10.
  16. A.B. Wichtige Funktionärsitzung bei Bek.
  17. A.B. 20 Uhr bei Wodan, Part. Ost-Berrenhausstraße, Funktionärsitzung.
  18. A.B. 20 Uhr bei Graber, Ullendorfer, 18, Funktionärsitzung.

- Frauenveranstaltungen.**
19. Kreis. Mittwoch, 1. April, 18 Uhr, im Parteibüro, Fuldastr. 36-38, Sitzung der Abteilungsleiterinnen.
  20. A.B. Mittwoch, 1. April, 19 1/2 Uhr, bei Kroll, Ultradter Str. 21: „Lebensweg von Karl Marx“. Referent: Genosse Hermann.

## Funkwinkel.

Das Sonntagsprogramm bringt einen ausgezeichneten Vortrag Hans Böhmans „Im Lande Friedrich Reuters“. Es ist eine Glorie über die Zeit der Fürstentümerzeit zur Zeit Reuters, eine Schilderung der medienburgischen Verhältnisse und nicht nur der medienburgischen, die fast wie eine Grotte anmutet. Böhmans gibt die Wahrheit über die Fürsten und über die gesellschaftlichen Stützen der Thronen, er sieht diese Institutionen mit den Augen des objektiven Historikers. Felix Stöffinger legt seine Reihe über Verbi fort. „Duett bei Verbi“ ist das Thema. Stöffinger spricht nicht wie ein Fachmann, sondern wie ein Mensch, der den Komponisten leidenschaftlich verehrt, und darum wird dieser Vortrag niemals doktrinär oder langweilig. Mit einfachen Worten führt er den Hörer in die formalen und inhaltlichen Werte Verdis ein und entwirft ein Bild von dem künstlerischen Aufbau der Duette. Prachtvolle Blätter illustrieren die Ausführungen. Im Abendkonzert singt der bekannte französische Tenor Louis Gravaire Puccini und Wagner. Diese große, baritonale gefällige und vorbildlich kultivierte Stimme kennt keine Erregungen. Sie stützt immer ruhig dahin, sie steigert sich nicht dramatisch. Der Klang bezaubert, aber es fehlt zur letzten starken Wirkung die Ausdruckskraft. Dann zwei literarische Veranstaltungen. Der Dramatiker Dieckenschmidt wird interviewt und Dr. Christians hat „Dieckenschmidts Novelle 1812“. Diese Dichtung, die das Sterben eines französischen Soldaten, seine letzten Minuten in den kältesten Russlands gefolgt, ist ein dramatisches Geschehen par excellence. Sie ist ein großer Roman in packender, dichter, geförderter Sprache. Gibt Dieckenschmidt das Porträt einer Seele in dramatischer Zuspitzung, so schildert Alfons Baquet gekostet, in epischer Breite.

Der Vortrag „Romantik der Masse“ am Montag bleibt bei historischen Tatsachen, bei ihrer Aufzählung stehen. Er zeigt den Wandel der Massenmasse, aber er geht nicht tiefer und untersucht auch nicht, warum dieser Wandel eintrat. Ueber die Wandlungsfähigkeit des Schauspielers werden nur Andeutungen gemacht. Man bleibt an der Oberfläche. Dagegen sucht Dr. Wagenbach in seinen Ausführungen zu „Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch Stöckung“ das Wesentlichste herauszuarbeiten. Neben der Arbeitszeit ist die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten das Wichtigste, um die Wirtschaftskrise zu beheben. Arbeit und Arbeitsplätze entstehen durch Reuefindungen. Die Latituden des Großgrundbesitzes müssen zerstückelt und besiedelt werden. Neue Städte wären aus diesem Boden zu gründen. Dadurch könnte endlich der Bodenreformartikel der Reichsverfassung Erfüllung finden. Auf dem Training des Willens beruht das Wunder des Glücks. Dies ist das Motiv des Vortrages Dr. Ernst Rothers „Glück haben...“ — „Lebensfrage“. Bewusste Entdeckung des Willens und der Charakteranliegen, Hebung des Glücksgefühls durch suggestive Methoden sind Stationen auf dem Wege. Große vermeidet den ersten Ton des Wissenschaftlers, er ist eher ein Plauderer, der die Dinge dem Hörer in leichter Form und auch mit Humor unterbreitet. Die Abendveranstaltung „Ein Mensch mit Büchern und Schallplatten“, an Stelle des erkrankten Fred Hildenbrand von Celest Köppen geleitet, dient eher der Bildung, der Belehrung, als der Unterhaltung. Sie sucht ein Kompromiß zwischen diesen beiden Sphären. Eine Schallplatte mit einem Satz des Brandenburgischen Konzerts etwa regt an, in Büchern über Bachs Persönlichkeit und Kunst nachzulesen und damit das Bild Bachs zu vervollständigen. Diese neue Veranstaltung ist interessant. Es wird darauf ankommen, wie sie sich weiter entwickelt. F. Sch.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.**

Die Kreise werden bitten, die Anzahl der Bekannten zur Reichskonferenz der Geschäftsstelle zu melden.

Reichskonferenz am 10. April, dem 30. April, von 17 bis 19 Uhr, in der Kroll-Schule, Berliner Arbeiterkammer für die Ausstellungenarbeiten Mittwoch, 8. April, ab 16 Uhr.

Kreis Mitte. Belegkarte heute abend Elisabethstr. 19. Die Karten für die 10-Jahresfeier müssen abgerechnet werden. — Gruppe Friedrich-Wilhelm-Str. heute abend 7 Uhr im Kroll-Schule, Berliner Arbeiterkammer für die Ausstellungenarbeiten. Der ganze Kreis trifft sich zur Osterfeier Donnerstag, 12. April, 19 Uhr, Berliner Arbeiterkammer.

Kreis Reichshagen. Gruppe Halle. Heute wichtiges Fabriksprechung um 17 Uhr im Heim Treptower Straße (nicht Schule). — Gruppe Eichendorfer, Deute um 17 1/2 Uhr im Heim Genshofstraße Jungfrauen und Kate Hallen.

Gruppe Tempelhofer, Mittwoch, 1. April, 18 Uhr, Berliner Arbeiterkammer. — Gruppe Reichshagen, 19 Uhr, Berliner Arbeiterkammer im Heim Germaniastraße den 18 bis 19 Uhr, Eingang Genshofstraße.

Kreis Charlottenburg. Kate Hallen, Mittwoch letzte Besprechung der Osterfeier, abfahrt Donnerstag, 18 Uhr, Bahnhof Jungfernhöhe.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

12. Kreis. Unter trauer Genosse, der Kreisleiter Karl Rohne, Kroll-Schule 18 ist nach längerem Leiden verstorben. Für seinen Andenken, Tag und Zeit der Einäscherung werden nach bekanntgegeben.
17. A.B. Unter Genosse Fritz Stöck, Thaber Str. 15, 8 verstorben. Für seinen Andenken, Einäscherung Mittwoch, 1. April, 17 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um rege Beteiligung.
18. A.B. Unter lieber Genosse Franz Schmidt, Am Volkshaus 1, ist verstorben. Für seinen Andenken, Einäscherung Mittwoch, 1. April, 18 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Wir bitten um rege Beteiligung. (Alle nicht Geschäftliche.)
19. A.B. Am 26. März verstarb nach langem Leiden unter Genosse Erich Karl, für seinen Andenken. Die Trauerfeier hat bereits am Sonntag stattgefunden. — Am 26. März verstarb unter Genosse Kurt Götz, für seinen Andenken, Einäscherung heute, Dienstag, 31. März, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Baumfalkenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.
20. A.B. Am 26. März verstarb nach langem Leiden unter Genosse Otto Müller, Rennbahnstr. 24, für seinen Andenken, Einäscherung Mittwoch, 1. April, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um rege Beteiligung.
21. A.B. Unter langjährigem Mitglied, Genosse Wilhelm Steffen, Wollweberstr. 18 nach langer Krankheit verstorben. Für seinen Andenken, Einäscherung am Dienstag, dem 31. März, 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Rege Beteiligung wird erwartet.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Oranienstr. 37-38, Tel. 2. 22.

Dienstag, 31. März, Friedrichshagen, 20 Uhr Versammlung bei Max Gumbert, Volkmannstr. 26. Wichtiges Tagesprogramm. Eichenberg (Oranienburg), zum Sonntag der SPD, 18 Uhr Sammel aller Kameraden in ihren Lokalen. Gutes Tempo an bekannter Gde.

Berliner Ruder-Club, Dienstag, 20 1/2 Uhr, Übungsabend im Clubhaus, Ohmstraße 2.

## Allgemeine Wetterlage.



Ein umfangreiches kräftiges Hochdruckgebiet liegt jetzt mit seinem Kern über Südschweden. Es beherrscht das Wetter in einem großen Teile von Europa. Kalte arktische Luftmassen beherrschen immer noch das Wetter in Deutschland. In Ostpreußen und in einem Teile Schlesiens herrscht selbst mittags leichter Frost. Die sibirische Depression dehnt sich nach Westen aus, so daß es in Mitteleuropa im Bereich kalter nördlicher Winde sehr kühl bleiben dürfte. Auch für Mittwoch ist noch keine Erwärmung in Aussicht, da vom Eismeer immer noch Störungen nach Rußland hineinziehen und auf ihrer Rückseite kalte nördliche Luftmassen nach Süden vorrücken.

Wetterausichten für Berlin. Größtenteils heiter, nur in den Mittagsstunden zeitweise härter bewölkt, weiterhin sehr kühl. — Für Deutschland. In Ostpreußen unbeständiges Froittwetter, noch etwas Schneefall, im übrigen Reich noch größtenteils trocken, aber sehr kühl.

*Durch Jahrhunderte im Dienste der Leidenden Menschheit*

# KARLSBAD MARIENBAD

# FRANZENSBAD TEPLITZ-SCHÖNAU

AUSKUNFTE DURCH ALLE REISEBÜROS ODER DURCH DIE KURVERWALTUNGEN DER OBGENANNTEN BÄDER

*die deutschen Weltkeworte in Böhmen*



# Walter Meckauer: Das Benefiz

Der Mime von heute, den Gastspielverpflichtungen nach den verschiedenen Teilen des Reiches fuhren, läßt durch seinen Agenten einen Schlafwagenplatz bestellen, besteigt am Abend den Zug und ist am nächsten Morgen an Ort und Stelle. Er begibt sich ins Theater, wohnt einer Durchsprechprobe bei, macht am Nachmittag einen Rundgang durch die fremde Stadt und steht abends auf der Bühne, als wäre er immer dort gewesen. Ganz anders war es noch vor einigen Generationen. Es ist die Dämonie der Technik, die den Menschen von heute ohne Beziehung zur Strecke des Weges, die er zurücklegt, an den Ort seiner Bestimmung führt, die das Entfernte verbindet und das zwischen zwei Zielpunkten Liegende ausschaltet und nicht einmal in unser Bewußtsein gelangen läßt. Eine Begebenheit, wie die hier geschilderte, die der Chronist aus dem Leben des berühmten Schauspielers Ludwig Deorient erzählt, könnte sich darum im zwanzigsten Jahrhundert kaum noch ereignen, selbst wenn die gleichen äußeren Umstände gegeben wären...

An einem Märzorgen — es mochte zwischen neun und zehn Uhr sein — fuhr vor nahezu hundert Jahren in Landsberg an der Warthe eine Postkutsche ein. Die Pferde waren vom Schlamm der Landstraße bespritzt, die Pferde müde und abgetrieben. Als der Wagen hielt, kletterte der Postillon von seinem hohen Sitz herab, der Wirt trat vor die Kutsche, und seine herbeiliegenden Knechte spannten das Geschirr aus, um die Pferde zu wechseln. Der Vorhang des Postkutschensfensters wurde aufgezogen; das scharfe Profil eines Fremden zeigte sich hinter den Scheiben; spähende kluge Augen blickten auf den Kreis der Reugierigen, die sich um den Wagen geschart hatten. Es war Ludwig Deorient, der — auf dem Gipfel seines Ruhmes stehend — sich auf einer Reise nach Königsberg befand, um dort ein Gastspiel zu geben. Während der Kutsche mit den Pferdeknechten verhandelte, stieg Deorient langsam und mühevoll aus dem Postwagen und betrat über die drei Steinreppen die von der Morgenlunte beleuchtete Gaststube. Er setzte sich an einen der langen Holzische und forderte eine Flasche Wein. Als er den Blick durch den Raum wandern ließ, an dessen Wänden vergilbte Kupferstücke hingen, blieben seine Augen plötzlich auf einem gedruckten Zettel haften, der in der Mitte des Tisches lag. Es war ein Komödientzettel, der die letzte Vorstellung der „Königlich privilegierten Wagnerischen Gesellschaft“ für den gleichen Abend ankündigte.

„Hehe!“ rief Deorient, zu dem Wirt gewendet, „wird hier auch Komödie gespielt?“ Und als der Wirt bejahte: „Haben die Leute auch gute Geschäfte gemacht?“

„Weider nicht“, gesteht der Wirt kleinlaut, „es steht sehr schlecht um sie. Der Direktor steckt tief in Schulden, da er seine Gage bezahlen kann, und die Schauspieler, die bereits auf das Gehalt Anleihen gemacht haben, verlieren ihre letzte Habe. Die Gesellschaft befindet sich in der Auflösung; der arme alte Mann ist in großer Bedrängnis.“ Bei diesen Worten gelst der Wirt in ein Nebenzimmer, in dem ein Greis in abgehacktem Anzuge mit stumpfen Blicken vor seinem Glase sitzt. Deorient erhebt sich und geht zu ihm. „Herr Kollege“, sagt er, „ich höre, Ihre Geschäfte stehen schlecht. Sie sollten sich einen Künstler von Ruf aus Berlin kommen lassen, etwa Wolf, den alten Unzelmann, Reichel, Venn oder — welche er bescheiden hinzu — „Deorient. Die könnten Ihnen vielleicht helfen?“

Der Direktor steht ihm mit feinen grauen, von Leid geröteten Augen bestürzt an. „Du lieber Gott!“ ruft er, „bleibe ertauchten Herren auf meinem schlechten Rudebrett!“

„Ach Was, Rudebrett!“ erwidert Deorient. „Die Bretter geben dem Künstler keinen Wert; er muß ihn mitbringen.“

„Aber wie soll ich sie honorieren?“

„Bleibst du es einer umsonst.“

Der Alte schüttelt leise den Kopf.

„Gehen Sie nach Hause!“ ruft Deorient und schlägt ihm freundlich auf die Schulter. „Treffen Sie sofort Anstalten und lassen Sie es in der ganzen Stadt bekannt machen, daß Ludwig Deorient heute abend als Romeo in Ihrem Theater auftritt wird!“

Der alte Wagner lächelt verlegen. „Da würde ich schon ankommen“, meint er, „das Publikum anführen — so würde mich umbringen; wir müssen hier schnellstens verduften.“

„Anführen? Was denken Sie? Gassen Sie auf der Stelle alles vorbereiten; inserieren Sie, plakatieren Sie, schicken Sie Ihren Kofferer in die Bürgerhäuser, lassen Sie es öffentlich austromeln: Deorient wird bei Ihnen gastieren! Ludwig Deorient läßt keinen Kollegen im Stich! Denn — Ludwig Deorient steht vor Ihnen!“

Der Direktor fuhr wie vom Donner gerührt von seinem Stuhle hoch und starrte den Sprecher entsetzt an. Der Wirt eilte herzu, und, da er sogleich mit sicherem Instinkt ein Geschäft witterte, rief er seine Frau, seine Tochter und sein ganzes Gesinde zusammen und teilte sie in Gruppen, um die Neuigkeit in der Stadt zu verbreiten. Er selbst begab sich zum Bürgermeister, zum Pfarrer, zum Lehrer, zum Arzt und zum Apotheker und berichtete brüchlich, welche Ehre seinem Etablissement widerfahren sei, und welche noch größere Ehre heute abend der Bretterbühne, die im Garten seines Grundstücks lag, zuteil werden würde. Die Folge davon war, daß die Sensation wie ein Lauffeuer durch den ganzen Ort ging, und noch lange vor Beginn der Vorstellung waren alle Plätze ausverkauft. Die Tochter des alten Schmierendirektors, die erst achtzehn Jahre zählte, spielte hingerissen eine aufrichtig lebende Julia. Es gab einen rauschenden Erfolg. Aber was der Königlich privilegierten Wagnerischen Gesellschaft das Wertvollste war: es gab bares Geld! Die Summe, die das eine Gastspiel abgeworfen hatte, überstieg die Einnahmen eines ganzen Monats. Noch beträchtlicher freilich waren die Schulden der Truppe, so daß selbst diese außergewöhnliche Einnahme nur zur Hälfte ausreichte, um sie zu decken. Allein das bekümmerte Deorient wenig. Als man nach der Vorstellung bei einem kleinen Beisatz, dessen Gastgeber der Berliner Schauspieler war, im hinteren Zimmer des Wirtshauses zusammensaß, meinte er: „Spielen wir noch einmal; dann wird alles in Ordnung sein!“

Der zweiten Vorstellung, die dem Gaste große Ehren brachte, folgte noch eine dritte. Dann hatte sich in der Kasse so viel Geld angeammelt, daß die in Verlegenheit geratene Theatergesellschaft genügend Kostgeld für ihre Bekleidung hatte. Deorient selbst hatte allerdings nach dieser dritten Vorstellung beinahe sein ganzes Reisegehalt in Frühstücken und nächtlichen Orgs für die Herren Kollegen ausgegeben. Doch er setzte seine Reise nach Königsberg in dem stolzen Bewußtsein fort, durch seine Kunst auch einmal ein Wert der Menschlichkeit, die er sonst nur auf der Bühne darstellte, getan zu haben...

Aber auch eine gute Tat kann Schmerz hinterlassen! ... Bis an ihr Lebensende bewahrte die zurückgebliebene Julia ihrem verschwundenen Romeo ein lebenslängliches Gedächtnis — ohne Hoffnung, den Geliebten dreier Abende jemals wiederzusehen...

## Gerland:

### „Schmalztollen-Ede“ wird kuriiert...

In den Armen der Holde Treuwiegold geschah es zum ersten Male, daß Erich Krulte von einer heißen, ungestümen Sehnsucht überfallen wurde, von einer Sehnsucht nach den Hallen des Grandhotels, nach den Aromen, den erlesenen, schönen, gepilgerten Frauen verströmen. Holde grannte seine Schmalztolle, während ihre runden, im Laufe der Jahrzehnte etwas auseinandergegangenen Körperformen sich mollig strafften. „Friedrich-Karl-Augustchen“, rief sie aus, als sie Erich Krultes stille Veränderung bemerkte. „Friedrich-Karl-Augustchen, soll ich dir noch eine Hausmacherblutwurst einpacken?“ Aber Erich Krulte, der in Hannoverentreiben als „Schmalztollene“ bekannte Hochstapler und Ausbrecherfürst, der sich als Agent Friedrich-Karl-August Blumblau bei der Fleischermetzermittwe Holde Treuwiegold eingeführt hatte, hatte einen anderen Kummer.

Einige Monate sahnede die Kripo schon wieder nach ihm, einige Monate waren seit seinem letzten Ausbruch aus der Strafanstalt vergangen, er hatte sich ein Bäuchlein angeschafft, eine dicke, goldene Uhrkette baumelte über der wohlgefüllten Weste, er hatte schon, dank seiner vorsichtigen Methode, erhebliche Erfolge bei alleinstehenden Damen erzielt, allein, etwas fehlte ihm, beunruhigte ihn, ließ ihn des Nachts aus dem Schlaf auffahren, machte ihn unfähig, bei der Holde Treuwiegold, bei den Kennen Glückmach oder Margarete Hühndel zum entscheidenden Schlage auszuholen. Er konnte sich nicht erklären, was es war, was ihn mitunter an den schwellenden Konturen seiner Lieblichen vorbei ins Dämmerlicht der blauen Stunde blicken ließ, er mußte nicht, was es war, das ihm mitunter angefangen einer der Limousine entkeifendens Hermetindome das Blut zum Stochen brachte. Jetzt, ganz unvermittelt, in der guten Stube Haldens, erkannte er: er ertrug dies Leben nicht länger. Dies behäbige Spielertum, dies gemüthliche Sucheln zum Regelschleichen mit den zukünftigen Schwagern, dies zärtliche Betödeln der Brautens.

Er, der unter angenommenen Namen als Lußuh-Ben-Pascha, als Rittmeister Graf Kruteh, Baron von der Wandersbörz, Prinz Carlotta von Spratus die internationale Lebemwelt unfscher gemacht hatte, er, der in der Halle des Majestic-Palace in Helouan, des Ritz, des Waldorf-Astoria, des Adlon zu Hause war, der zwei lusternen Dollarsmillionärinnen versprochen hatte, sie in eine hypnotische Trance zu versetzen und, während sie mit geschlossenen Augen auf den Moment warteten, da sie alles tun würden, was er verlangte, mit ihrem gesamten Gepäck verschwinden war, er, der in Amsterdam das Gerücht austreuen ließ, er sei im Besitz einer ungeheuer wertvollen Sammlung von Kunstschätzen, die aber unerwähnt sei, und dann den ganzen billigen Ramisch einem Kunstentzückten für einige Tausende verpackete, er hielt dies Leben nicht mehr aus.

Wie alle Hochstapler von Format, hatte auch er sich nach seinem letzten Ausbruch aus dem Zuchthaus auf eine solide Basis umgestellt. Die Entromantisierung der Zeit hatte es mit sich gebracht, daß jeder Hotelportier bei der Eintragung eines hochklingenden Namens mißtrauisch aufblinzelte, daß man jedem tadelloß geschrittenen Frau, jedem raffigen Sakko mit Vorsicht begegnete, daß jeder Zimmerkellner eine lange Reihe schwerer Koffer auf ihre Füllung mit Pelzweinen hin untersuchte. Ja, sogar die Zugfrauen, die er geschöpft hatte, sogar die steinalten, vergnöderten Aristokratinnen bevorzugten den argentinischen Eintänzer oder den Chauffeur mit der nachweislich echten Charge eines kaiserlich russischen Gardeober-

sen und dem Fürstentitel oder den ungarischen Refrainjünger, der in Schwermut machte, vor einem Gleichgestellten.

Es war eine schlechte Zeit für Hochstapler. Man kaufte Romantik und Ideale gespalten und gebündelt. Ramparnosse in Paris, Scheunewiertel in Berlin, Haarlem in New York, Whitecapal in London waren industrialisierte Zweige des Fremdenverkehrs geworden. Sogar zünftige Verbrecher prostituierten sich und veranfauleten Bruselbefahrungen über quieschende Hintertreppen, durch trübsige, petroleumförmige, süß durchstunfene, bonbonrosa gestrichene Absteigequartiere, in denen die Millionärinnen und ihre Dandies, die Cornedbeefabrikanten aus Chicago und ihre Relzegehöfche kleine Mhs und Ohs von sich gaben, wenn nebenan eine brutale Säufersimme, das knallende Schlagen einer Peitsche und das wimmernde Jaulen einer Frauenstimme erklangen, während der Führer die Sanznen teglich untermalte.

Ja, es war schon so: die alten Hochstapler von Format, die von den Frauen noch auf der Anklagebank verteidigt wurden, waren ausgefiorben oder hatten sich umgestellt. Man trug nicht mehr Kaiserlicher, sondern wieder Herz, man kam nicht mehr als „smarter Ausländer“, sondern als „Provinzjunker“ und man erzählte nicht mehr von Empfangen am Hofe des Radja von Kaschnapur, nicht mehr von seinen Zugusachten im Mittelmeer, man erwähnte keine Löwenjagden mehr, bei denen man verfehenlich — hih, hah — einen Elefanten erlegt habe, nein, man sprach von seiner einsamen Sechsigstimmerolla im Borori, man erzählte von der Taubengucht und dem Gemütsbau, von atmosphärischen Störungen im Radio und erwähnte beiläufig die Sorgen mit säumig zahlenden Kunden.

Immer stärker wuchs die Sehnsucht in Erich Krulte, die sich heraussehnte aus dem plüschigen Ruff der guten Stunden seiner Bräute, die die Lustgeschwängerten Festweisen in den sinuedurchküteten Salons seiner früheren Geliebten suchte.

Als Friedrich-Karl-Augustchen hatte er keine Holde nun so weit, daß ein Wort von seinen geliebten Lippen sie bewegen hätte, ihm ihr Bankkonto zu überschreiben. Er wollte fort, nach Ägypten, nach Monte Carlo, nach Paris. Ihn hielt hier nichts.

Unruhe peitschte ihn durch die Straßen. Hier durchpustete ihn, hier nach seinem ausgelebten Leben.

Unbewußt war er in das Bierel der Zugushotel getaumelt, ungewollt war er eingetreten in die Halle eines gespenstlich großen, buntdurchwimmelten Hotels, wor untergetaucht in dem Gewühl der Menschen. Ein junges Mädchen ging dicht an dem Fauteuil vorbei, in dem er saß, ein junges Mädchen mit einem sanft gestrichenen Mund, mit blondem Haar, das unter dem etwas zu lockeren Hütchen hervorlugte in einer für den Zugus der Halle zu billigen Belimitation.

Eine heiße Flut durchströmte Schmalztollen-Ede, eine kleine, trübsche Hoffnung, sich ein Mädchen ganz für sich zu besitzen, ihm alles zu sein und — zu bleiben, es nicht zu betrügen und zu bestehen, einmal eine große Generalbeichte abzulegen.

Seine Behäbigkeit, die Nase des Alttagsbesitzers, die Hornbrille, das Bäuchlein, die spiegelblanke Schmalztolle kleideten ihn, er mußte es; die Brillantnadel vom letzten Treuwiegold, die Uhr, die von Kennen Glückmachs Vater stammte, verließen seiner Erscheinung den äußeren Glanz.

Wie ein schenes Bögelchen katterte das Mädchen vor ihm auf

und ab. War sie eine Angestellte eines Schreibmaschinenbüros und wartete auf ein Diktat, war sie eine Manicure und wartete, bis es der Gnädigen gefiel, den Portier zu verständigen? Oder ging sie in diesem Arsenal der Schicksale, in dieser Vorhalle zum Zugus, aus allen Winkeln der Erde zusammengetragen, auf Abenteuer aus, wie er?

Als Lußuh-Ben-Pascha, als Graf Kruteh und als Element d'Aragnol hatte er Frauen betört, gebrauchschäft und gepreßt, jetzt, plötzlich, nach Zuchthaus, abenteuerlicher Flucht, nach m. hromonatem Verborgensein in den gutbürgerlichen Wohnungen seiner neuesten Errungenschaften, nach seiner Rückkehr in die Gesilde seines einstigen Wirkens beschleicht ihn eine aberwitzige Sucht, einen Menschen vor dem Moloch zu retten, zu einem anständigen, guten Menschen zu machen und sein ganzes bisheriges Hochstaplerdasein ungeheuren zu machen.

Tatsächlich, mit Erich Krulte alias Schmalztollen-Ede alias Friedrich-Karl-August Blumblau alias Baron von der Wandersbörz geht jene menschliche Eigenschaft durch, die er bisher geringfügig mit „Fleisch“ bezeichnete. Es ist ihm schon ganz klar: dies Mädchen, das da durch die Menge schwirrt, ist heimlos. Nicht lange mehr, und sie wird aus der Hotelhalle gehen, in die sie eine kleine, trübsche Hoffnung getrieben, sie wird die Straßen entlang gehen und aus diesem lichtüberblendeten Viertel in ein dunkleres gelangen, in dem die Nacht mit ihren dunklen Fittichen auch ihr Elend, ihre Schande und Unglück zudecken wird.

Tatsächlich, der alte Hochstapler macht als Herr Grafebach auf Klein-Spartellen die Bekanntschaft des Fräuleins. Tatsächlich, sie reagiert auf den gemüthlich-social-humorigen Tonfall, den er anschlägt. Und sie speisen zusammen. Und die Nacht ist sehr lang. Und das Fräulein drängt gar nicht mit dem Nachhausegehen.

In weinseliger Stimmung, gemohnt, jeden Taumel bis zur letzten Reize auszufochten, fest durch die Illusion des Ritters aus dem Sumpf, des Wohltäters, beginnt Krulte seine Beichte vor diesem Mädchen auszubreiten. „Sie wissen ja gar nicht, wer hier neben Ihnen sitzt!“ beginnt er, und als sie ganz dicht neben ihm sitzt, so dicht, daß er den Duft ihres mädchenhaften Körpers spürt, daß die weiße, glatte Haut ihn berührt, fährt er fort. Aber als er sie hell aufstehen hört, als er hört, daß sie ihn wohl für betrunken hält, da er so närrisches Hochstaplerzeug erzählt, gibt er seine Bemühungen auf.

Die Nacht ist lang. Als Schmalztollen-Ede am nächsten Morgen erwachte, ist das Hotelbett neben ihm leer, die Kissen sind zerwühlt.

Das Mädchen, mit dem er die Nacht verbracht ist verschwunden. Und mit ihr Brickschake, Geld, Brillantnadel und Uhr.

An diesem Abend beantwortet er die Färtlichkeiten Holde Treuwiegolds mit ganz besonderer Färtlichkeit. Wie wieder wird er sich in zweifelshafte Abenteuer einlassen.

Er beginnt vom Geschäft zu erzählen. Holde lauscht. Und man beginnt er vorsichtig zu fragen, wieviel sie ihm zur Verfügung stellen könnte. Denn morgen geht sein Schiff nach Südamerika...

## Kann man chineesisch telegraphieren?

Haben Sie eigentlich schon darüber nachgedacht, wie die Chinesen das mit dem Telegraphieren machen? Wenn man bei uns telegraphiert, bei uns Europäern und westlichen Völkern, die wir ein Alphabet mit 25 Buchstaben besitzen, so ist das ja keine Kunst mehr. Man zerlegt eben jedes Wort in die einzelnen Buchstaben und braucht also zur Bezeichnung dieser 25 Buchstaben entweder ebenso viel Morsezeichen, die aus Punkten und Strichen zusammengesetzt sind, oder aber bei modernen Telegrapheneinrichtungen übermitteln man durch Tastendruck die Type selber. Aber die armen Chinesen haben ja selbst in ihrem einfachsten Alphabet einige tausend Zeichen und in der Sprache der Gebildeten gar einige Jahrmillionen. Was macht nun ein Telegraphist, wenn ein Chinese ihm ein Telegramm überreicht? Für diese Tausende der chinesischen Sprachzeichen lassen sich einfach keine Morsezeichen finden.

Die Japaner haben versucht, eine besonders für die Telegraphie geschaffene Silbenschrift einzuführen, die aus 45 Zeichen besteht und somit mit Hilfe der Morsealphabetie noch übertragen werden kann. Aber das hat sich als ein sehr unvollkommener Erfolg bewiesen, denn diese Schrift ergibt gar viele Mißverständnisse und man muß sehr vorsichtig telegraphieren, wenn nicht der größte Unfug dabei herauskommen soll. In China ging nicht einmal das. In China muß man in einer der europäischen Sprachen telegraphieren. Da das aber nur einem winzigen Bruchteil der Bevölkerung und den Fremden möglich ist, so hat man einen anderen Ausweg erfunden. Man überseht die chinesischen Worte und Silben zunächst in Zahlenkombinationen. Die Zahlen kann man dann natürlich auf dem Morseapparat übertragen. Aber an der Empfangsanstalt muß sich wieder jemand hinhängen und die Telegramme dechiffrieren, die Zahlen in chineesisch überlegen; denn das Ganze ist natürlich eigentlich ein Chiffrierverfahren, das außerordentlich viel Mühe macht, kostspielig ist und sehr viel Zeit raubt. Und was für die Chinesen gilt, gilt auch für die Indier, für die Japaner und die Siamesen, galt bis vor kurzer Zeit sogar noch für die Türken, wenn auch nicht in demselben Umfange an Schwierigkeit.

Nun kommt aus dem Westen dem fernem Osten neue Hoffnung. Die Bildtelegraphie wird die Lösung der Telegraphieprobleme des fernem Ostens bringen. Es ist das Ei des Kolumbus. Mit Hilfe dieser Bildtelegraphie kann man ja das ganze Telegramm als ein einheitliches Stück im Original übertragen. Man braucht es nicht in seine einzelnen Buchstabenbestandteile zu zerlegen und später wieder zusammenzusetzen. Der Empfänger erhält ja einfach eine auf telegraphischem Wege übermittelte Telegraphie mit dem Originaltext des Absenders. Seit die Bildtelegraphie so außerordentliche Fortschritte gemacht hat, hat man bei der deutschen Radioindustrie dieser Seite der Bildtelegraphie größte Aufmerksamkeit zugewendet. Unter Förderung durch die zuständigen deutschen und chineesischen Regierungsstellen sind sehr erfolgreiche Versuche mit der Bildtelegraphie zwischen Berlin und China durchgeführt worden. Man benutzte die Telefunken-Strahlungsverstärkerstationen in Kowen und Ranking zur Übertragung solcher chineesischen Bildtelegramme. Der chineesische Gesandte in Berlin, Chang Tjo Bing, sowie viele andere in Berlin weilende Chinesen konnten von dieser Einrichtung Gebrauch machen. So sandte ein chineesischer Ingenieur einen Brief an seinen Vater nach Peking, dessen bildtelegraphische Übermittlung vier Minuten in Anspruch nahm.

Der Hauptwert solcher Bildtelegraphie liegt aber in China selber und hier ist man natürlich auch außerordentlich an diesen Versuchen interessiert. Alle Zeitungen Chinas und Japans brachten lange Artikel über diese Versuche und Abbildungen der auf drahtlosem Wege übermittelten Bildtelegramme.

G. A. K.

15 000 Störche im Kampfe gegen ein Heuschreckenherr. Die Umgehung von Andrie in Nordamerika wurde in den letzten Tagen von ungeheuren Schwärmen von Heuschrecken heimgegriffen, die großen Schaden anrichteten. Im Kampfe gegen diese heuschreckigen Tiers fand sich eine unerwartete Hilfe ein: eine überaus große Schar Störche, nach Schätzung mindestens 15 000, die auf ihrem Zuge die Gegend passierten. Diese machten sich über die Heuschrecken her und befreiten die Bevölkerung von der schrecklichen Plage.



# Theater, Lichtspiele usw.

**Dienstag, 31. 3.**  
**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 211. A.-V.  
 20 Uhr  
**Bohème**  
 Ende n. 22 1/2 Uhr

**Dienstag, 31. 3.**  
**Städt. Oper**  
 Bismarckstr.  
 Turnus IV  
 19 1/2 Uhr  
**Don Giovanni**  
 Ende 22 1/2 Uhr

**Staats-Oper**  
 Am Platz der Republik  
 V.-B.  
 20 Uhr  
**Perichole**  
 Offizell. Kartenvorverkauf  
 Ende 22 1/2 Uhr

**Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.**  
 20 Uhr  
**Bürger Schippel**  
 Ende gegen 22 1/2 Uhr

**SCALA**  
 Tägl. 2 Vorst.  
 8 u. 8 1/2 Uhr  
 Barbarossa 9256  
 Nachm. 50 Pf. bis 3 M., abends 1 bis 6 M.  
**Dollie u. Billie**  
**Dance Fables Co.**  
 mit Estelle Matten  
 und weiteren Attraktionen.

**PLAZA**  
 Tägl. 5 u. 8 1/2  
 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2  
 E 4, Alex. 8066  
 Nachm. 50 Pf. — 1 M., abds. 1-2 M.  
 Heute letzter Tag!  
**Hermann Leopoldi**  
 der berühmte Wiener Humorist  
 Orchester-Truppe, Eszenoff & Gerda usw.  
 Morgen Premiere  
 mit neuen Attraktionen!

**CASINO-THEATER**  
 8 1/2 Uhr  
 Lohringstr. 87.  
 Nur noch bis 2. April  
**Diese Schwiegerväter**  
 und das erstkl. bunte Programm!  
 Sonnabend, den 4. April 1931 zum ersten Male  
**„Er träumt von Jise“**  
 Gutschein 1-4 Personen  
 Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.  
 Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

**Circus Hagenbeck**  
 U. St. Gieselerstr.  
 Straß. 3, 141  
 Nur noch wenige Tage  
 Tägl. 3 x Vorst.  
 8 1/2 u. 8 1/2  
 Nachm. Kinder u. Erw.  
 halbe Preise  
 Tägl. Tierreich 10-18 U.  
 Der Circus ist stets gut gehetzt.

**Reichshallen-Theater**  
 Abends (8) Sonntag Nachm. (3 1/2) Uhr  
**Stettiner Sänger**  
 Neu! Neu!  
 „Ballettschule Klappersatz“  
 Nachm. ermäßigte Preise  
**Dönhoff-Brett!**  
 Varieté — Konzert — Tanz!

**Barnowsky-Bühnen**  
 Theater in der Siresmännstr.  
 8 1/2 Uhr  
**Amphitryon 38**  
 Komödie von Jean Giraudoux  
 Inszenierung: Victor Barnowsky

**Kleines Theat.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Erika Gläubner**  
 in  
**Der süße Kompagnon**  
 Lustspiel von Leo Lutz.  
 Würz, Zesch-Balliet,  
 Kaufmann, Klubertanz.

**Nomische Oper**  
 8 1/2 Uhr  
**Peppina**  
 wasserpersönlicher Vortrag des  
 Komponisten  
 Robert Stolz  
 in der Preisverleihung

Adress! An alle Arbeitslosen Berlin und Umgebung!  
**Ein billiger Schlager!**  
 Ein neuer  
 elegant, hausschon  
 Der neue Schlager ist in Pflicht und Kameradschaft hergestellt  
 und mit Gemütsstärke versehen. Garantiert 6 bis 8 Monate  
 Ausdauer. In letzter Ausführung hergestellt, mit starker  
 Quelle versehen. 3 Paar nur 1,50. (In ähnlichen Formen).  
 Für Kinder 3 Paar 1,50. Rückgabe. Fracht frei! Eine  
 Postkarte genügt. **Schlagerhaus Hans Winterstein**,  
 Kronach, Eresberger Straße 21 (Oberhausen).

Der **gute Kapitän-Kaufabak**  
 ist in dem meisten Zi-  
 garengeschäft erhältlich.  
**C. Rücker, Berlin**  
 Lindenberger Straße 22, Köpenick, 5081

**Winter Garten**  
 8 1/2 Uhr, Inst. 2819. Rauchen erlaubt.  
 Ein alles überragendes  
 Variétéprogramm  
 außerdem Breitensträter präsentiert  
**Pistulla.**

**Volksbühne**  
 Theater am Blüowplatz.  
 8 Uhr  
**Die beiden Adler**  
 Mittwoch 1. 4., 8 U.  
**Hans Albers**  
 in  
**Liliom**  
 Staatl. Schiller-Th.  
 8 Uhr  
**Bürger Schippel**

**Theater am Schifbauerdamm**  
 8 Uhr  
**Italiensdie Nacht**  
**Staatsoper**  
 Am Pl. d. Republik  
 8 Uhr  
**Perichole**

**Deutsches Theater**  
 8 Uhr  
**Der Hauptmann von Köpenick**  
 v. Carl Zuckmayer  
 Regie: Heinz Hilpert

**Kammerspiele**  
 8 1/2 Uhr  
 Heute letzte Aufführung!  
**Diese alte Canaille!**  
 von Fernand Nozière  
 Regie: Eugen Robert.

**Die Komödie**  
 8 1/2 Uhr  
**Kommt ein Vogel geflogen...**  
 von Walter Hasenclever  
 Regie: Gustav Hartung

**Kurfürstendamm-Theater**  
 Bismarck 449  
 8 Uhr  
**Das schwache Geschlecht**  
 v. Edouard Bourdet  
 Regie: Max Reinhardt

**Theater d. Westens**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 sowie Sonntags nach 11 1/2  
**Franz Lehár**  
 Sensationserfolg!  
**Schön ist die Welt**

**Metropol-Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Das Veilchen v. Montmartre**  
 Operette v. Kalman  
 Gitta Alpar, Janni  
 Ahlert, Karl Jöken,  
 Riga, Walsamer u. G.  
 Ergon Besip als Gast.

**Lessing-Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die schöne Alexandra**  
 Lessing, Schiller, Fok.  
 Vergermann, Siska

**Des Kaisers Kuli**  
 Für Leser unserer Zeitung  
 Dr.-Sessel statt 6 nur 3 M  
 Parkett-7. . . 4. 2. . .  
 . . . 3. 1.50  
 Rang . . . 2. 1 M

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
 Tägl. 8 Uhr. Im weissen Rössl.  
 Sp. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung  
 billige Preise Regie: Erik Charell.

**HAUSWATERLAND**  
 KURFÜRSTENSTR. 280  
**Perignong-Restaurant**  
 BERLIN  
 BETRIEB KEMPINSKI

**ROSE THEATER**  
 Große Frankfurter Straße 132  
 U-Bahn Straußberger Platz  
 6 stündiger Vorverkauf täglich  
 von 11-1 Uhr und 4-9 Uhr  
 Tel. Bestelld. Alex. 3422 u. 3492  
 Sonn- tag 2 30 5 45 9 00  
 tag 2 30 5 45 9 00  
 Vom Montag b. Sonnab. 8 15  
 außer Karfreitag

**Die Faschingsfee**  
 Operette von Kálmán  
 Regie: Paul Rose  
 Texte: Georges Blauvalet  
 An beiden Osterspieltagen:  
 Die letzten 2 Aufführungen:  
 „Madame Bonivard“  
 Die letzten 4 Aufführungen  
 „Die Faschingsfee“  
 3 00 5 45 9 00  
 5 45 9 00  
 Dienstag, den 7. April:  
**Premiere!**  
 Uraufführung für Berlin:  
**Die Sache, die sich Liebe nennt**  
 Komödie in 3 Akten von E. Burke

**ANHALTER DIE EXCELSIOR**  
 Die Sehenswürdigkeit Berlins!  
 Der größte Hotelunnel der Welt!  
**HOTEL EXCELSIOR BERLIN**  
 Zimmer: 1 Bett M.7-bis 11; 2 Betten M.14-bis 22-  
 Bad M.3; • Salon M.10; • Keine höheren Preise!

**PERTRIX**  
 Pertrix-Batterien sind durch  
 längste Lebensdauer im  
 Gebrauch am billigsten!

**Total-Ausverkauf der Gardinen-Fabrik**  
**Georg Berliner**  
 Berlin, Klosterstraße 88-90  
 Eigene Anfertigung!  
 Verkäufe zu billigsten Engrospreisen, auch an Private:  
**Stores, Bettdecken, Künstler- u. Madras Garnitur,**  
**Spannstoffe, Mull, Volles, Dekorationsstoffe usw.**

**Für die Feiertage**



Natürlich — zu Ostern brauchen Sie Sanella, die neue, wundervolle Margarine zu dem erstaunlich niedrigen Preis! Sanella ist unentbehrlich beim Backen und Braten! Kosten Sie einmal Sanella — Sie werden genau so begeistert sein, wie die Millionen Hausfrauen, die nur noch Sanella verwenden!

**Sanella MARGARINE** DIE FEINSTE PREISWERT WIE KEINE

35<sup>3</sup> das 1/2 Pfund

## Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —

Bilanz per 31. Dezember 1930

AKTIVA		RM	PASSIVA		RM
1. Nicht eingezahltes Betriebskapital		—	1. Betriebskapital:		
2. Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine:			a) Beteiligung der Mitgliedsverbände	39 730 000,—	
a) Bar	500 937,29		b) Beteiligung des Preussischen Staates	10 000 000,—	39 730 000,—
b) Bestand an Zinnscheinen und fremden Geldsorten	3 795 257,18	4 296 194,47	2. Rücklagen		4 184 693,28
3. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing) Banken		4 602 729,32	3. Gläubiger:		
4. Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:			a) seitens der Kundschaft bei		
a) Schecks und Wechsel	8 925 219,10		b) Dritten benutzte Kredite	—	
b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reiches und der Länder	17 131 914,69	26 057 133,79	c) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen u. sonstige deutsche Kreditinstitute	276 508 556,35	
5. Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeiten bis zu 3 Monaten davon innerhalb		82 665 009,02	d) sonstige Gläubiger	45 022 114,88	321 530 671,23
7. Tagelöhne	RM 25 404 118,38		Von der Gesamtsumme der Gläubiger (mit Ausschluß von a) sind		
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		7 161 212,35	1. innerhalb 7 Tagen fällig	94 618 827,29	
davon entfallen auf			2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	180 699 399,79	
Reports allein	RM 1 408 767,23		3. nach mehr als 3 Monaten fällig	46 302 444,15	
7. Vorräte auf verfrachtete oder eingelagerte Waren		—	<b>Avale und Bürgschaften</b>	RM 166 866,62	
8. Eigene Wertpapiere:			4. Akzeptie	—	
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder	7 789 732,45		5. Langfristige Anleihen bzw. Darlehen:		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	5 176 934,38		a) langfristige Tilgungsdarlehen	30 186 979,11	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	20 016 071,43	32 962 766,26	b) langfristige feste Darlehen 42 030 000,—		
d) sonstige Wertpapiere	28,35	479 689,21	c) im Umlauf befindliche Obligationen	516 100 486,10	658 317 465,21
9. Konsortialbeteiligungen			davon mit fünfjährigem Auslösungsrecht	RM 33 871 390,26	
10. Jauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		868 004,—	und ohne Auslösungsrechte	RM 5 920 587,50	
11. Außenstände in laufender Rechnung davon entfallen auf Kredite an Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige Kreditinstitute	44 889 622,51	180 211 961,35	5. I. Noch nicht eingelöste Zinnscheine und ausgeloste Obligationen		4 356 089,44
12. Langfristige Ausleihungen gegen hypothekarische Sicherung oder gegen Kommunaldeckung:			5. II. Am 31. Dezember 1930 anteilig fällige Zinsen und Provisionen		7 508 803,92
a) langfristige feste Darlehen (auf ein oder mehrere Jahre)	92 063 000,—		6. Betriebsüberschuß		2 470 143,07
b) langfristige Tilgungsdarlehen u. Anleihen	594 685 892,96	686 748 892,96			
davon mit fünfjährigem Auslösungsrecht	RM 33 570 883,12				
und ohne Auslösungsrechte	RM 5 920 587,50				
12. I. Am 31. Dezember 1930 anteilig fällige Darlehenszinsen und Verwaltungskostenbeiträge		7 807 805,79			
11. Bankgebäude		3 957 104,92			
14. Sonstige Gebäude und Grundstücke		419 361,29			
15. Inventar		1,—			
		1 038 317 866,15			1 038 317 866,15

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930

SOLL		RM	HABEN		RM
1. Geschäfts- u. Verwaltungskosten einschl. der Geschäftsunkosten des Verbandes		3 583 378,45	Gewinne:		4 963 189,71
2. Steuern und Abgaben		1 416 709,20	an Zinsen		2 320 153,07
3. Abschreibungen auf Gebäude u. Inventar		338 055,36	an Provisionen		
4. Zuweisung zur Pensionskasse		300 000,—	an Wertpapieren und Gemeinschaftsgeschäften		896 846,58
5. Betriebsüberschuß		2 470 143,07	Gewinnvortrag aus 1929		28 087,—
		8 108 277,28			8 108 277,28

Berlin, im März 1931

**Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —**  
 Öffentlich-rechtliche Bankanstalt  
**Das Direktorium**  
 Dr. Kleiner Jursch von Bitter Müller Schoele Sentz Weltzien